

Semesterallianz: Toolkit für das Europäische Semester

Einleitung von EASPD

Kontext

Das „Europäische Semester“ (ES) ist ein mehrjähriger Austausch zwischen der Europäischen Kommission und Mitgliedsstaaten um sowohl die Europa 2020 Ziele zu erreichen (zu Armut, Beschäftigung und Bildung, zum Beispiel) als auch die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Ziele.

Jedes Jahr analysiert die Europäische Kommission (EK) die wirtschaftlichen und strukturellen Reformprogramme der EU Mitgliedsstaaten im Detail und spricht einen Satz Empfehlungen für die folgenden 12-18 Monate aus. Während dieser Zeit müssen die EU Mitgliedsstaaten ihre Haushalts- und Wirtschaftspolitik mit den auf EU Ebene vereinbarten Zielvorgaben und Regeln ausrichten, innerhalb der vorher genannten Ziele.

Das ES entwickelt sich schnell zu einem Schlüsselwerkzeug zur Beeinflussung der Politikgestaltung in allen EU Mitgliedsstaaten, außer denen unter der Troika. Aus diesem Grund versucht die Europäische Vereinigung der Dienstleistungsanbieter für Personen mit Behinderungen (EASPD) ihre Mitglieder in diesen Prozess mit einzubeziehen, um den Schwerpunkt des Semesters auf die Schaffung eines geeigneten politischen Rahmens zulenken, um qualitätsvolle soziale Dienstleistungen zu ermöglichen, besonders für Personen mit Behinderungen.

Die Semesterallianz

Auf Europäischer Ebene hat EASPD sich mit 15 anderen größeren Europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften verbündet, die alle ihre nationalen Mitglieder zur Teilnahme am Europäischen Semester bewegen möchten.

Das übergreifende Ziel des Europäischen Semesters ist Fortschritt zu erzielen – durch das Europäische Semester – auf eine demokratischere, soziale, nachhaltige und integrative EU Strategie, indem die Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Sozialakteure an dem Prozess verbessert wird.

Aus diesem Grund hat die Semesterallianz ein Toolkit zum Engagement mit Europa 2020 und dem Europäischen Semester entworfen und veröffentlicht. Das Toolkit stellt deutliche und präzise Informationen darüber zur Verfügung, wie man an dem Prozess teilhaben kann. Das Toolkit wird von 5 zusätzlichen Anhängen begleitet.

Kontakt

[Thomas Bignal](#), Maßnahmen- & Kommunikationsbeauftragter

+32 2 282 46 11



Toolkit für das Engagement mit Europa 2020 und dem Europäischen Semester 2014-2015

Links für den schnellen Zugriff

1. [Einleitung](#)
2. [Was sind Europa 2020, das Europäische Semester und die Halbzeitüberprüfung?](#)
3. [Allgemeine Tipps für das Engagement](#)
4. [Schlüsselbotschaften und Politikaufhänger](#)
5. [Anhänge \(nur online erhältlich\)](#)

1. Einleitung

Im Jahr 2010 hat die Europa 2020 Strategie Neuland betreten, indem fünf konkrete Ziele für die Bereitstellung von intelligentem, sozialem und nachhaltigem Wachstum festgelegt wurden (siehe zusätzliche Informationen weiter unten). Dieser Prozess wird jährlich durch einen **Europäisches Semester** genannten Zyklus durchgeführt, welcher das Hauptinstrument zur Koordination der Strategien der Mitgliedsstaaten zum Erreichen gemeinsamer Ziele ist.

Es gibt ein starkes Argument für **die Notwendigkeit, sich dringend und aktiv mit diesen Prozessen auseinanderzusetzen**, um sicherzustellen dass Menschen und der Planet über Profit stehen und dass wir uns in Richtung eines sozialen und nachhaltigen Europas bewegen. Hier sind die wichtigsten Gründe warum:

1. Die Strategie und der Umsetzungszyklus sind entscheidend, da sie **einen Entwicklungsrahmen für die Europäische Union und ihren Mitgliedsstaaten** zur Verfügung

stellen, und eine Vision für die Zukunft Europas und einen nachhaltigen Ausweg aus der Krise aufzeigen.

2. **Die Ziele von Europa 2020 sind direkte Anreize für EU Fördermöglichkeiten**, mit Strukturfonds als wichtigstem Fokus, und bringen daher klare Vorteile für nationale Organisationen, die sich engagieren, mit sich.
3. **Ökonomische Ziele werden im Europäischen Semester priorisiert, zum Nachteil von sozialen, gleichberechtigungsrelevanten, einschließlich Geschlechtergleichheit, und umweltpolitischen Zielen**, und sind noch dazu begleitet von bindenden Vereinbarungen und Sanktionen, welche die letzteren Ziele nicht beinhalten.
4. **Der Fortschritt bei den sozialen und ökologischen Zielen von Europa 2020 war sehr begrenzt**, da jetzt sogar mehr Menschen in Armut leben, die Beschäftigungsquote gesunken ist, und was bei der Verringerung der Schulabbrecherquote und Treibhausgasemissionen erreicht worden ist, ist größtenteils ungenügend. Außerdem sind Gleichberechtigung, einschließlich Gleichstellung der Geschlechter, nicht richtig in den Prozess einbezogen und berücksichtigt worden.
5. **Interessengruppen, einschließlich der Zivilgesellschaft, sollten wichtige Partner sein beim Erreichen der Ziele auf nationaler und EU-Ebene**. Allerdings ist die Beteiligung bisher sehr marginal, mit begrenztem Engagement und minimalen Auswirkungen auf die Strategievorschläge, und wenigen neuen von der Europäischen Kommission oder durch die nationalen Regierungen eingebrachten Gelegenheiten für Engagement und strukturellen Dialog.

Der Mehrwert davon, sich stärker an Europa 2020 und dem Prozess des Europäischen Semesters zu beteiligen, ist deutlich: als die dominante EU Strategie, die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik umfasst, und durchgesetzt von den Mitgliedsstaaten und der EU, stellt dies eine Möglichkeit dar, sich direkt in der Politikentwicklung und –umsetzung der EU zu engagieren. Die Herausforderung besteht darin, auf eine bessere und effektivere Regierung und Beteiligungsprozesse zu drängen. Die Wirtschaft muss zum Wohle aller funktionieren, und nicht anders herum. Darüber hinaus stellt **die bevorstehende Halbzeitüberprüfung der Europa 2020 Strategie** (weiter unten näher erläutert) ein signifikantes Gelegenheitsfenster dar, um sich für eine bessere Strategie und bessere Prozesse einzusetzen.

Die **Europäische Allianz für ein Demokratisches, Soziales und Nachhaltiges Europäisches Semester** ist eine breit angelegte, Brüssel-basierte Koalition, welche wichtige Europäische Zivilgesellschaftsorganisationen und Gewerkschaften zusammen bringt, und tausende ihrer Mitgliedsorganisationen vor Ort auf Europäischer, nationaler und lokaler Ebene repräsentiert. Die Allianz zielt ab auf die Unterstützung des Fortschritts in Richtung einer demokratischeren, sozialeren und nachhaltigeren Europa 2020 Strategie, durch Stärkung des Engagements im zivilen Dialog des Europäischen Semesters, und durch das Zurückbringen von sozialen, gleichberechtigungsrelevanten (einschließlich Geschlechtergleichheit) und ökologischen Herausforderungen auf die Prioritätenagenda. Ihre wichtigsten Ziele sind sicherzustellen dass alle Maßnahmen, einschließlich der makroökonomischen, beitragen zu den sozialen, ökologischen/Umweltschutz-Zielsetzungen und Gleichheitsverpflichtungen der Europa 2020 Strategie, und die Legitimität der Strategie zu verbessern durch das Stärken des Engagements von ökologischen, sozialen und gleichberechtigungsrelevanten Organisationen und Gewerkschaften im EU Entscheidungsprozess bekannt als das Europäische Semester.

Die Arbeit der Europäischen Allianz ist koordiniert durch das [Europäisches Anti-Armut Netzwerk](#), und die Koalition ist zusammengestellt aus den folgenden Organisationen: [AGE-Plattform Europa](#); [CARITAS Europa](#); [Europäisches Umweltbüro](#) ; [CECODHAS – Wohnung Europa](#); [Europäische Gewerkschaft öffentlicher Dienst](#); [Europäische Vereinigung der Dienstleistungsanbieter für Menschen mit Behinderungen](#); [Eurokind](#); [Eurodiaconia](#); [Europäische Frauenlobby](#); [Europäische Föderation der Nationalen Organisationen arbeiten mit Obdachlosen – FEANTSA](#); [Europäische Föderation von Tafeln](#); [Grünes Budget Europa](#); [PICUM](#). Sie wird unterstützt durch die [Europäische Gewerkschaftskonföderation](#) und durch die [Soziale Plattform](#). Zusätzlich wurden drei nationale sektorübergreifende Pilotallianzen für ein Jahr durch **Bulgarien**, **Dänemark** und **Irland** gefördert, geführt durch die EAPN nationalen Netzwerke, um sich zu engagieren und zu versuchen, einen vergrößerten Einfluss auf Maßnahmen auszuüben. Kontaktinformationen können im Anhang 2 gefunden werden.

Das **Toolkit** zielt ab auf die nationalen Mitglieder der Europäischen Organisationen, welche die Semester-Allianz bilden, und ist entworfen worden um sie in ihrem Engagement mit Europa 2020 und dem Europäischen Semester zu unterstützen, einschließlich der bevorstehenden Halbzeitüberprüfung. Es wird Sie mit kurzen, auf den Punkt gebrachten Informationen über den Prozess und die Möglichkeiten der Einflussnahme versorgen, indem die Schlüsselemente, Zeitachse, und strategische Akteure des neuen Prozesses erklärt werden, und indem Links mitgeteilt und verschiedene Wege der Beteiligung aufgezeigt werden.

[\[zurück nach oben\]](#)

2. Was sind Europa 2020, das europäische Semester, und die Halbzeitüberprüfung?

[Europa 2020](#) ist eine 10-Jahres-Strategie, vorgeschlagen von der Europäischen Kommission am 3. März 2010, die auf ein „intelligentes, nachhaltiges, integratives Wachstum“ zielt.

Sie schließt an die Lissabon-Strategie (welche sich über die Periode von 2000-2010 erstreckte) an. Sie enthält die Prioritäten der EU für die nächsten zehn Jahre, um eine wettbewerbsfähigere, ressourceneffizientere und grünere, auf Wissen und Innovation basierende Ökonomie zu entwickeln und eine Ökonomie mit hoher Beschäftigungsquote zu schaffen, welche für sozialen und territorialen Zusammenhalt sorgt.

Die Strategie identifiziert [fünf](#) Hauptziele:

1. Die Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Alter von 20-64 Jahren (Frauen und Männer) von den momentanen 69% auf mindestens 75% anzuheben.
2. Das Ziel zu erreichen, 3% des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren, besonders durch Verbessern der Bedingungen für Forschung und Entwicklung im privaten Sektor, und das Entwickeln eines neuen Indikators zum Verfolgen von Innovation.

3. Die Treibhausgasemissionen um mindestens 20% gegenüber dem Stand von 1990 zu senken oder um 30% wenn die Bedingungen es erlauben, den Anteil an erneuerbaren Energien im Endverbrauch auf 20% zu erhöhen, und eine 20%ige Erhöhung der Energieeffizienz zu erreichen.
4. Den Anteil der Schulabbrecher von derzeit 15% auf 10% zu senken und den Anteil der Bevölkerung im Alter von 30-34 Jahren mit einem Abschluss im tertiären Bildungsbereich von derzeit 31% auf 40% zu erhöhen.
5. Die Anzahl der Europäer, welche unter der nationalen Armutsgrenze leben, zu verringern, indem mindestens 20 Millionen Menschen aus der Armut und sozialer Ausgrenzung geholfen wird.

Wie auch immer, wie die Europäische Kommission anerkennt, war der Fortschritt extrem beschränkt:

- 8 Millionen mehr Menschen sind jetzt von Armut betroffen (124,3 Millionen), ein Defizit von 28 Millionen (2012). Sehr geringer Fortschritt wurde erzielt, um die Interessengruppen, insbesondere die Zivilgesellschaft, mit einzubeziehen, und nur mit geringen Auswirkungen.
- Die Beschäftigungsquote ist auf 68.4% gesunken, ein Defizit von beinahe 7%.
- Die Schulabbrecherquote ist 2012 auf 12.7% gesunken, es bleibt ein Defizit von 2.7%.
- Die Treibhausgasemission wurde 2012 um 18% reduziert, aber nationale Hochrechnungen zeigen dass 13 Mitgliedsstaaten ihre nationalen Ziele bis 2020 nicht werden erreichen können.

Für die Mitglieder der Semester-Allianz ist es wichtig dass die Ziele von Europa 2020 und die Entwicklung eines Rechte-basierten Ansatzes einschließlich Fortschritt bei der Geschlechtergleichheit durch einen echten Dialog mit der Zivilgesellschaft erreicht werden. Nur auf diesem Weg können wir eine nachhaltige Erholung sowie eine lebensfähige Vision der Zukunft der EU garantieren, und demokratische Legitimation und Glaubwürdigkeit wieder herstellen.

Geschlechtergleichheit ist kein explizites Ziel der Europa 2020 Strategie, trotz der Tatsache dass die zu erreichenden Ziele in Bezug auf Geschlechtergleichheit und Gender-Mainstreaming aller Richtlinien gesetzliche Verpflichtungen sind die im Vertrag von Lissabon verankert wurden.

Dies ist problematisch, da die Frage der Geschlechtergleichheit in der Gesamtstrategie zur Seite gedrängt werden könnte. Das einzige Ziel, in welchem ursprünglich explizit auf Männer und Frauen hingewiesen wurde, ist die 75% Beschäftigungsquote zu erreichen. Wie auch immer, zuletzt wurde der Verweis auf „Männer und Frauen“ durch die „arbeitsfähige Bevölkerung“ ersetzt, und damit wurden Frauen und Geschlechtergleichheit noch unsichtbarer in der Gesamtstrategie. Die Beschäftigungsquote der Männer liegt dicht bei dem 75%-Ziel, die der Frauen hingegen liegt bei nur 63%. Dies zeigt dass es ohne das übergreifende Ziel der Geschlechtergleichheit unmöglich ist, die Auswirkungen der Strategie auf die Geschlechtergleichheit zu verfolgen und zu überwachen, und anschließend die Maßnahmen, die nötig sind um die Auswirkung der Strategie auf die Ungleichheit der Geschlechter zu mindern, zu ergreifen.

Mehrere Zusagen über die Notwendigkeit der Geschlechtergleichheitsdimension in der Europa 2020 Strategie wurden gemacht, aber diese werden Lippenbekenntnisse bleiben

wenn keine entschiedenen Maßnahmen ergriffen werden. Diese schließen ein: beschäftigungspolitischen Leitlinien von Europa 2020, der [Europäische Pakt für die Gleichstellung der Geschlechter 2011-2020](#), und die [Strategie für Gleichheit zwischen Frauen und Männern 2010-2015](#) der Europäischen Kommission (für weitere Informationen siehe Abschnitt 4: Schlüsselbotschaften und Politikaufhänger). Der Einsatz ist hoch, da die Wirtschafts- und Finanzkrise und die anschließenden Sparmaßnahmen Frauen hart treffen. Die Auswirkung der Rezession auf Frauen wird wahrscheinlich mit der Zeit akuter, da die Effekte der Arbeitsmarktverlagerungen zunehmend in den Haushalten spürbar werden, und Kürzungen der öffentlichen Ausgaben die öffentlichen Dienste und die vielen Frauen, die dort tätig sind und diese nutzen, beeinflussen. Sparmaßnahmen haben signifikante und schädigende Auswirkungen auf spezifische Frauengruppen, welche mit mehrfachen Nachteilen konfrontiert sind: junge und ältere, Migranten und ethnische Minderheiten, die Geringqualifizierten, die mit Kurzzeitverträgen, alleinerziehende Mütter, Frauen in ländlichen Gebieten, die über 45 Jahre alt sind, Frauen mit Behinderungen und Frauen, die nach einer Geburt an ihre Arbeitsstelle zurückkehren. Haushaltskürzungen haben einen überproportionalen Einfluss auf Frauen durch Arbeitsplatzverlust und Kürzungen im öffentlichen Dienst. Es gibt Hinweise auf zunehmend prekäre Arbeitsbedingungen, zunehmende Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und eine anschließende Umstellung auf informelle Arbeit, steigende Armut, verringerter Zugang zu Dienstleistungen, und steigende Niveaus häuslicher Gewalt, begleitet von Kürzungen in wichtigen Unterstützungsdiensten.¹

Europa 2020 wird unterstützt durch [sieben EU Flaggschiff-Initiativen](#), die darauf zielen, Fortschritt in jedem Bereich zu katalysieren.

Jede dieser Flaggschiff-Initiativen identifiziert einen Satz Projektvorschläge und Instrumente, die innerhalb von 10 Jahren implementiert werden sollten um Europa 2020 zu helfen, ihre Ziele zu erreichen. Diese sieben Initiativen sind:

- **Innovationsunion:** um die Rahmenbedingungen und den Zugang zu Finanzmitteln für Forschung und Innovation zu verbessern, um so die Innovationskette zu stärken und dem Niveau der Investitionen innerhalb der Union einen Schub zu geben.
- **Jugend in Bewegung:** um die Leistungsfähigkeit des Bildungssystem zu vergrößern und die internationale Attraktivität von Europas Hochschulbildung zu verstärken.
- **Eine digitale Agenda für Europa:** um die Einführung des Hochgeschwindigkeits-Internet zu beschleunigen und die Vorteile eines digitalen Binnenmarkts für private Haushalte und Unternehmen zu nutzen.
- **Ressourceneffizientes Europa:** um zu helfen, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch abzukoppeln, die Wirtschaft zu dekarbonisieren, den Gebrauch von erneuerbaren Quellen zu erhöhen, den Transportsektor zu modernisieren und Energieeffizienz zu fördern.
- **Eine Industriepolitik für die Ära der Globalisierung:** um das Geschäftsumfeld zu verbessern, besonders für KMUs, und um die Entwicklung einer starken nachhaltigen industriellen Basis, die global wettbewerbsfähig ist, zu unterstützen.
- **Eine Agenda für neue Fertigkeiten und Arbeitsplätze:** um Arbeitsmärkte durch Vereinfachung der Mobilität der Arbeitskräfte zu modernisieren, und die

Entwicklung von Fertigkeiten während des gesamten Zyklus des Berufslebens mit Hinblick auf eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und einer besseren Abstimmung von Angebot und Nachfrage der Arbeitskräfte.

- **Europäische Plattform gegen Armut:** um sozialen und territorialen Zusammenhalt zu garantieren damit die Vorteile von Wachstum und Arbeitsplätzen weit verteilt werden, und um Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind ein Leben in Würde und eine aktive Teilnahme an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Den Fortschritt zu beobachten und die aktive Beteiligung der Mitgliedsstaaten sicherzustellen sind Schlüsselemente der Strategie. Dies ist gewährleistet durch das [Europäische Semester](#), einem jährlichen Zyklus der Koordination von makroökonomischen, finanziellen und strukturellen Leitlinien, über drei (sich angeblich gegenseitig verstärkenden) Säulen: *thematische Koordination* (in Bereichen wie Beschäftigung, sozialer Eingliederung, Bildung, unter Europa 2020), *makroökonomische Überwachung*, und *finanzielle Überwachung* unter dem Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Wie auch immer, es ist deutlich dass die zweite und dritte Säule dominant sind. Die Umsetzung der Europa 2020 Strategie und dieser drei Säulen auf nationaler Ebene wird durch 2 parallele Jahresberichte erreicht, welcher der Kommission im April gemeinsam vorgestellt werden. Die erste Säule wird durch die Nationalen Reformprogramme (NRPs) umgesetzt, basierend auf den so genannten [Integrierten Leitlinien](#), welche darauf abzielen, die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung der Europa 2020 Hauptziele in nationale Leitlinien zu unterstützen. Zweitens, die [Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme](#) (SKPs) beobachten Säulen 2 und 3: die makroökonomische und finanzielle Überwachung.

Der Jahreszyklus des **Europäischen Semesters** enthält die folgenden Hauptschritte und ~-elemente:

WANN?	EUROPA 2020 (thematische Überwachung)	STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT & GESAMTWIRTSCHAFTLICHES UNGLEICHGEWICHTSVERFAHREN (makroökonomische & finanzielle Überwachung)
November	Jahreswachstumsbericht (EK)	
	Warnmechanismusbericht (EK)	
April	Nationale Reformprogramme (MS)	Stabilitäts- / Konvergenzberichte (MS)
Juni/Juli	Länderspezifische Empfehlungen (EK)	

1. Der Jahreswachstumsbericht (JWB)

Dies ist ein jährliches Dokument, erstellt durch die Europäische Kommission und veröffentlicht im November, welches das jährliche Europäische Semester startet, indem die weit gefassten EU Wirtschaftsprioritäten für das kommende Jahr und für Europa 2020 festgelegt werden, und die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, diese zu berücksichtigen wenn deren Nationale Reformprogramme erstellt werden (siehe unten). Die JWBs der letzten 2 Jahre beinhalteten die gleichen fünf Hauptprioritäten:

1. Differenzierte, wachstumsfreundliche finanzielle Konsolidierung zu verfolgen
2. Kreditvergabe and die Wirtschaft wieder herzustellen
3. Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für Heute und Morgen
4. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Konsequenzen der Krise
5. Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

Die Prioritäten des Jahreswachstumsberichts werden im März von dem Ministerrat und seinen Formationen vor dem Europäischen Rat diskutiert, und legen die Prioritäten für die nationalen Wirtschafts- und Finanzentscheidungen fest. Der Entwurf des [Gemeinsamen Beschäftigungsberichts](#), dem JWB angefügt, bewertet die Sozial- und Beschäftigungssituation in der EU. Dem Fortschritt auf dem Gebiet der Armutsreduzierung wird nur durch den Gemeinsamen Beschäftigungsbericht gefolgt, und der Schwerpunkt liegt überwiegend auf Beschäftigung. Es gibt derzeit keinen Jährlichen Fortschrittsbericht über das Erreichen der Ziele von Europa 2020 – eine gute Praxis welche in den letzten beiden Jahren abgeschafft worden ist.

2. Das [Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichtsverfahren \(GUV\)](#)

Dies ist ein paralleler Überwachungsmechanismus, neben dem Stabilitäts- und Wachstumspakt wirkend, und konzentriert sich sehr stark auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. Er hat auch eine präventive und eine korrektive Komponente. Ein Frühwarnsystem wurde eingerichtet, basierend auf einem Anzeiger, welcher aus einem Satz von Indikatoren besteht, welche die Hauptquellen von makroökonomischen Ungleichgewichten erfasst (einschließlich BIP, Auslandsschulden, Wirtschaftsungleichgewichte, aber auch Arbeitsproduktivität und Stückkosten). Der Anzeiger ist im **Warnmechanismusbericht** vom November veröffentlicht, was den Anfang des jährlichen Zyklus des GUV darstellt, und ist einer der Schlüsselauslöser für die Länderspezifischen Empfehlungen (siehe unten). Ausführliche Überprüfungen finden dann zwischen der Kommission und den betroffenen Ländern statt. Im letzten Jahr hat die Kommission einige soziale Indikatoren in diesen Warnmechanismus integriert (Langzeitarbeitslosigkeit, NEETS (Menschen ohne Bildung, Beruf und Ausbildung), Menschen mit Armutsrisiko und Risiko sozialer Ausgrenzung), aber es bleibt abzuwarten was der Effekt sein wird.

3. Nationale Reformprogramme (NRPs)

Dies sind jährliche Berichte, verfasst von den Mitgliedsstaaten, welche die Umsetzung der fünf zu erreichenden übergreifenden EU Ziele bis 2020, in nationale Ziele übersetzt, und unter Berücksichtigung der Prioritäten, die im Jahreswachstumsbericht festgelegt wurden, beschreiben. Zunehmend die wichtigste Anforderung an diese Berichte ist zu zeigen, wie die Länderspezifischen Empfehlungen der Kommission (LSEs) übermittelt werden, und auf die Bewertung der Umsetzung der LSEs durch die Kommission zu reagieren (als Anhang des Jahreswachstumsberichts vorgelegt). Für die so genannten „Troikaländer“ waren die Regierungen bisher nicht verpflichtet ein NRP einzureichen, jedoch verpflichtet weiterhin die Anforderungen ihrer jeweiligen Absichtserklärung zu erfüllen, und nur einen Aktualisierungsbrief zur Europäischen Kommission zu schicken, welcher den Fortschritt bei den fünf übergreifenden Zielen von Europa 2020 umreißt. Maßnahmen, welche in den NRPs beschrieben werden, sollten mit den nationalen Zielen korreliert werden, und sollten konkret sein, Dringlichkeiten widerspiegeln, und finanzielle Konsequenzen detailliert widergeben. Die NRPs eines jeden Jahres sollten auf denen des vorhergehenden Jahres aufbauen, und die Umsetzung der LSEs betonen. Die Struktur des NRP ist in einem [Leitfaden](#) dargelegt, durch die Europäische Kommission für die Mitgliedsstaaten in Umlauf gebracht als Basis für ihre Vorbereitung und der bilateralen Diskussionen.

4. Stabilitäts- / Konvergenzprogramme

Stabilitätsprogramme werden durch Mitgliedsstaaten der Eurozone eingereicht, während **Konvergenzprogramme** durch Nicht-Eurozone eingereicht werden – zur gleichen Zeit wie die NRPs. Ihr Hauptziel ist es, die Kommission zur Bewertung zu befähigen, ob Mitgliedsstaaten sich an die Haushaltsregeln halten, die von der EU aufgestellt worden sind. Dies ist die so genannte „präventive“ Komponente, mittelfristige Ziele setzend und langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen fordernd. Im aktuellen Kontext liegt der primäre Fokus darauf, die öffentlichen Defizite und Schulden durch Haushaltskonsolidierung und Sparmaßnahmen zu reduzieren. Die so genannte „korrektive“ Komponente ist das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (VüD), welches es der Kommission erlaubt, Korrekturen bei Defiziten über 3% des BIP, oder öffentlichen Schulden über 60% des BIP, zu erzwingen. Nichtbeachtung kann zur Auferlegung von Sanktionen in der Eurozone führen, oder einer möglichen Aufhebung des Kohäsionsfonds (i.e. Strukturfonds) für alle Länder, bis das Defizit korrigiert wurde. Die verpflichtende Natur des Überwachungsmechanismus und Androhung von Sanktionen und Verlust von EU Fonds haben einige starke Bedenken bezüglich der demokratischen Kontrolle der Haushalte bei nationalen Regierungen hervorgerufen.

5. Länderspezifische Empfehlungen (LSEs)

Dies sind die Empfehlungen, die von der Kommission für jedes Land im Rahmen des Europäischen Semesters ausgesprochen werden, basierend auf einer Bewertung der wirtschaftlichen und sozialen Leistung eines jeden Landes im vorhergehenden Jahr, und wie weit fortgeschritten das Erfüllen der EU-weiten Prioritäten aus dem Jahreswachstumsbericht ist. Sie werden nach einer gründlichen Bewertung des Fortschritts

seit den LSEs des vorhergehenden Jahres verfasst, und nach einer detaillierten Analyse der Nationalen Reformprogramme und Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme. Die Empfehlungen sind konkret, gezielt und messbar, und konzentrieren sich darauf, was realistisch in den nächsten 12-18 Monaten erreicht werden kann. Da verschiedene Länder verschiedenen Herausforderungen begegnen, passen die Empfehlungen die Prioritäten des Jahreswachstumsberichtes den Situationen in jedem Mitgliedsstaat an. 2013 wurde der JWB begleitet von einem [Arbeitsdokument der Dienststellen](#), welches die Umsetzung der vorhergehenden Länderspezifischen Empfehlungen bewertete.

Die LSEs werden in den Ratsformationen erörtert bevor sie von den Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat im Juni diskutiert und gebilligt werden. Die endgültige Annahme der LSEs im Juli beendet das Europäische Semester. Die Umsetzung der LSEs wird genau und kontinuierlich von der Europäischen Kommission überwacht, welche den Rat das ganze Jahr über ihre gewonnenen Erkenntnisse informiert. Im November 2013 wurde eine Bewertung der Umsetzung der LSEs an den JWB angefügt, und diese stellt reichhaltige Informationen zu den LSEs und ihren Begründungen zur Verfügung. Der NRP Leitfaden priorisiert das Überwachen der Umsetzung der LSEs in den Berichten, und enthält einen speziell entwickelten Anhang um diese Analyse zu vereinfachen.

In Ermangelung eines übergreifenden Geschlechtergleichheitsziels ist es nicht überraschend dass den LSEs eine Geschlechtergleichheitsperspektive fehlt. Die Benutzung von geschlechtsneutralen Ausdrücken wie „Zweitverdiener“, „Geringverdiener“, „Niedriglohnpfänger“, „Armutquote“, „gefährdete Gruppen“ usw. verstecken Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, welche hinter diesen Begriffen stecken und Frauen überproportional betreffen. Wenn Geschlechterfragen in den LSEs angesprochen werden, konzentrieren sie sich tendenziell auf Themen, welche als „Frauenprobleme“ wahrgenommen werden, wie zum Beispiel Vermehrung der Pflegedienste, um Frauen das Teilnehmen am Arbeitsmarkt zu erleichtern, und versäumen so eine Triebfeder für einen Gesellschaftswandel zu sein, durch den Frauen und Männer gleich Verdienen und gleich Betreuen.

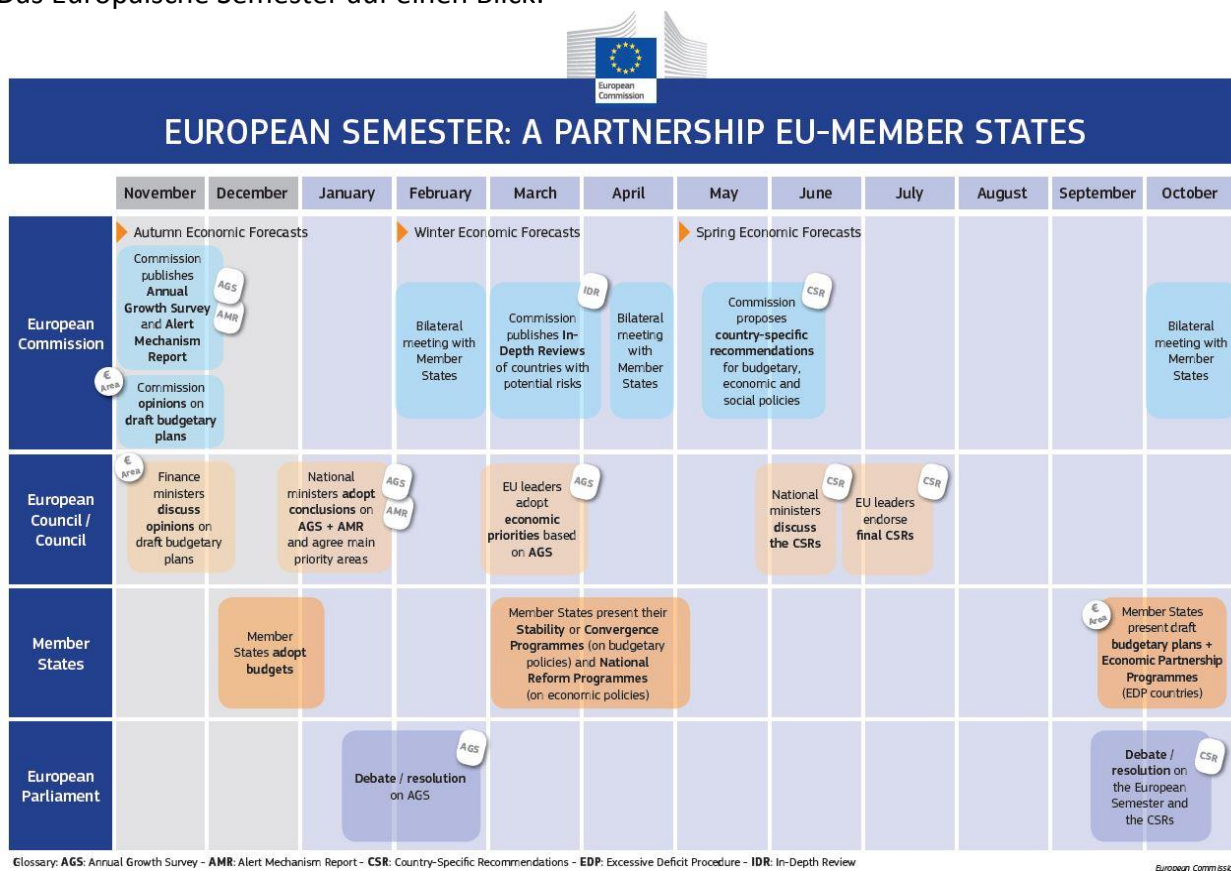
6. Haushaltsbewertung für die Eurozone

Ein neues Element, ab 2013, ist die Anforderung an die Mitgliedsstaaten der Eurozone, ihre nationalen Haushalte zwecks Kontrolle am 15. Oktober zu präsentieren, um zu sehen wie weit sie die LSEs, besonders im makroökonomischem Bereich, umgesetzt haben. Das sogenannte „Two-Pack“, welches am 30. Mai 2013 in Kraft getreten ist, verstärkt die Architektur der multilateralen wirtschaftlichen Koordination/finanzieller Kontrolle, durch die Anordnung einer gemeinsamen Zeitachse und gemeinsamer Haushaltsregeln für die Mitgliedsstaaten der Eurozone. Im Fall der Nichteinhaltung der Verpflichtungen aus dem Stabilitätspakt kann die Kommission Haushaltsänderungen von den nationalen Regierungen fordern. Da diese Haushaltskoordination in die 2te Hälfte des Jahres (Juli bis Dezember) fällt, bildet sie die Hauptbasis für die Mitteilungen im Jahreswachstumsbericht und der Länderspezifischen Empfehlungen.

Die wichtigsten Etappen des Europäischen Semesters sind wie folgt:

- Im **November** gibt die Europäische Kommission den Jahreswachstumsbericht heraus, welcher die Einhaltung der EU Prioritäten überprüft und für das kommende Jahr festlegt, um Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu stimulieren; sie gibt ebenfalls den Warnmechanismusbericht über makroökonomische Ungleichgewichte heraus.
- Im **November/Dezember** diskutieren und präsentieren die verschiedenen Ratsformationen (Allgemeine Angelegenheiten, Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Justiz, Arbeit und Soziales, Wirtschaft und Finanzen) ihre Beiträge zum JWB.
- Im **November/Dezember** gibt die Kommission erste Leitlinien für die Erstellung der Nationalen Reformprogramme heraus.
- Im **Dezember/Januar** diskutieren der Europarat und das Europäische Parlament den Jahreswachstumsbericht.
- Im **Februar** halten die Kommission und die Mitgliedsstaaten bilaterale Treffen ab, um die getroffenen und geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen zu diskutieren, und zur Vorbereitung der NRPs und Stabilitäts- und Konvergenzprogramme.
- Im **Februar/März** diskutieren und präsentieren verschiedene Ratsformationen (Allgemeine Angelegenheiten, Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Justiz, Arbeit und Soziales, Wirtschaft und Finanzen) ihre Beiträge zu den identifizierten Prioritätsfragen.
- Im **März** geben die EU Staats- und Regierungschefs (d. h. der Europäische Rat) eine EU Leitlinie zur nationalen Politik auf Basis des Jahreswachstumsberichts heraus.
- Im **April** halten die Kommission und die Mitgliedsstaaten bilaterale Treffen ab, um den Stand der Dinge und ausstehende länderspezifische Themen zu diskutieren.
- Am **15. April** reichen die Mitgliedsstaaten ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme zusammen mit ihren NRPs ein, welche detailliert darstellen wie die Ziele erreicht werden, welche nationalen Maßnahmen umgesetzt werden, und wie die EU Leitlinie berücksichtigt worden ist.
- Im **Mai** führt der Rat für Wirtschaft und Finanzen, basierend auf dem Gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtsverfahren, eine detaillierte Überprüfung durch.
- Im **Mai** bewertet die Kommission diese NRPs und die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme.
- Im **Juni** teilt die Kommission jedem Mitgliedsstaat die angemessenen Länderspezifischen Empfehlungen (LSEs) mit. Mehrere Ratsformationen (Arbeit und Soziales, Wirtschaft und Finanzen, Allgemeine Angelegenheiten) diskutieren und billigen die Empfehlungen.
- Im **Juni** billigt der Europäische Rat die LSEs.
- Im **Juli** werden die LSEs von dem Rat für Wirtschaft und Finanzen formal angenommen.
- Im **Oktober** legen die Regierungen der Eurozone ihren Haushaltsentwurf der Europäischen Kommission vor.
- Im **Oktober/November** halten die Kommission und die Mitgliedsstaaten bilaterale Treffen ab, um die getroffenen und geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der Länderspezifischen Empfehlungen zu diskutieren.

Das Europäische Semester auf einen Blick:



EUROPÄISCHES SEMESTER: EINE PARTNERSCHAFT DER EU MITGLIEDSSTAATEN

November - Oktober

Europäische Kommission Kommission veröffentlicht **Jahreswachstumsbericht** und **Warnmechanismusbericht**

Kommission **Meinungen** der Kommission zu den **Haushaltswurfplänen**

Bilaterale Treffen mit den Mitgliedsstaaten

Kommission veröffentlicht **Detaillierten Überprüfungsbericht** von Ländern mit potentielltem Risiko

Bilaterale Treffen mit den Mitgliedsstaaten

Kommission schlägt **Länderspezifische Empfehlungen** für Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialmaßnahmen vor

Bilaterale Treffen mit den Mitgliedsstaaten

Europäischer Rat Finanzminister **diskutieren Meinungen** zu Haushaltswurfplänen

Rat / Rat Nationale Minister **nehmen Schlussfolgerungen** zum **JWB und WMB** an und verständigen sich auf Hauptprioritätsbereiche

EU Führer nehmen **wirtschaftliche Prioritäten** basierend auf dem **JWB** an

Nationalminister **diskutieren die LSEs**

EU Führer billigen **finale LSEs**

Mitglieds- Mitgliedsstaaten **nehmen Haushalte an**

-staaten Mitgliedsstaaten präsentieren ihre **Stabilitäts-** und **Konvergenzprogramme** (zu Haushaltsmaßnahmen) und **Nationalen Reformprogramme** (zu wirtschaftlichen Maßnahmen)

Mitgliedsstaaten präsentieren **Haushaltsplanentwürfe + Wirtschaftliche Partnerschaftsprogramme** (ÜUV Länder)

Europäisches **Debatte / Resolution** zum JWB

Parlament **Debatte / Resolution** zum Europäischen Semester und den LSEs

Glossar: JWB: Jahreswachstumsbericht LSE: Länderspezifische Empfehlungen ÜUV: Übermäßige Ungleichgewichtsverfahren DÜB: Detaillierter Überprüfungsbericht

Die **Halbzeitüberprüfung** ist ein Verfahren welches in 2015 durchgeführt wird, fünf Jahre nach Annahme der Europa 2020 Strategie und fünf Jahre vor deren Fertigstellung.

Sie wird sich den Stand der Dinge bezüglich des Fortschritts in Richtung der Ziele ansehen, als auch das Funktionieren der Strategie und ihres Koordinationsprozesses, das Europäische Semester. Es ist eine großartige Gelegenheit, unserer Stimme bezüglich was funktioniert und was nicht, und was geändert werden sollte und wie, Gehör zu verschaffen. Die Europäische Kommission kommunizierte Anfang 2014 eine [Bestandsaufnahme](#), in welcher der Status Quo bewertet und die Grundlagen gelegt wurden für eine [öffentliche Konsultation](#), welche im Mai 2014 gestartet wurde. Beiträge im Rahmen dieser Konsultation können bis zum 31. Oktober 2014 durch das Ausfüllen eines Fragebogens, erhältlich durch den Konsultationslink weiter oben, eingereicht werden. Ihren Beiträgen können Sie ein Positionspapier anfügen, sollten Sie dies wünschen. Alle Beiträge werden auf der Webseite der Europäischen Kommission veröffentlicht.

[\[zurück nach oben\]](#)

3. Allgemeine Tipps für das Engagement

Identifizieren Sie wer in Ihrem Land für das Europäische Semester verantwortlich ist

Basierend auf unseren Erfahrungen vom Vorjahr, und laut den Eingaben unserer Mitglieder, ist es oft der Wirtschafts- oder Finanzminister, oder das Amt des Ministerpräsidenten, das die NRPs entwirft, mit (abhängig vom Land) mehr oder weniger Eingaben von anderen Ministerien, wie Beschäftigung und Soziales, Umwelt, Justiz usw. Um sicher zu gehen ist es der einfachste Weg, mit den Vertretern Ihrer Regierung, mit denen Sie normalerweise zusammenarbeiten, in Kontakt zu treten, oder mit dem Mitglied des Ausschusses für Sozialschutz, oder dem Beauftragten für das Europäische Semester in Ihrem Land. Die letztgenannten sind Beauftragte der Vertretung der Kommission in jedem Mitgliedsstaat, welche die spezifische Aufgabe haben, Informationen und Rückmeldungen über die Umsetzung des Semesters vorzulegen. Siehe Anhang 2 – *Wen kontaktieren*.

Bitten Sie um eine Einladung zur Teilnahme am Engagement der Interessengruppen

Schreiben oder emailen Sie den relevanten Kontakten und fragen Sie danach, welches Verfahren entwickelt wird um Interessengruppen in die Europa 2020 Prozesse mit einzubeziehen. Sie sollten danach fragen welche Form das Engagement annehmen wird und ob Sie den Entwurf des NRP kommentieren können, oder ob Sie separate Beiträge übermitteln können, und welche anderen Mittel der Beteiligung zur Verfügung stehen. Sie sollten auf die Verpflichtung Ihrer Regierung bestehen, einen sinnvollen, zeitnahen und strukturierten Prozess der Konsultation und Teilnahme zu gewährleisten. In Europäischen Dokumenten finden sich nützliche Referenzen zur Unterstützung der Einbeziehung von Interessengruppen. Das übergeordnete Ziel ist nicht nur in einmaligen Konsultationen beteiligt zu sein, sondern sowohl starke und strukturierte Dialogplattformen zu formen, durch die Interessengruppen sich regelmäßig mit Vertretern der Regierung treffen um den

Fortschritt von Europa 2020 zu diskutieren, konkrete Eingaben zu tätigen, und neue Maßnahmen vorzuschlagen, als auch Partner in der Umsetzung zu sein.

Im Januar 2014 wurde ein wichtiges Peer-Review durch die Belgische Plattform Gegen Armut organisiert. Es bietet nützliche Präsentationen und Bewertungen der Belgischen Plattform, was als viel versprechende Methode der Förderung der Beteiligung von Interessengruppen, einschließlich von Armut betroffenen Menschen, am Europäischen Semester und an Europa 2020 Prozessen hervorgehoben wurde. EAPN, genau wie sein Belgisches Mitgliedernetzwerk (BAPN), waren in das Peer-Review einbezogen, und Sie können alle Hintergrundveröffentlichungen [hier](#) finden.

Bereiten Sie Briefings vor und erarbeiten Sie eine gemeinsame Position

Wenn Sie in der Lage sein werden, eine Einsendung oder einen Beitrag leisten zu können, ist es wichtig, die Debatte innerhalb Ihrer Gruppe und mit anderen Partnern zu stimulieren (siehe Abschnitt zur Allianz weiter unten), Ihren nationalen Kontext zu analysieren und zusammen eine gemeinsame Position zu entwickeln. Das bedeutet, Briefingnotizen über den Inhalt und den Prozess (einschließlich Benutzung dieses Toolkits, ganz oder teilweise) vorzubereiten, und sicherzustellen dass alle Beteiligten verstehen was die nützlichen Aufhänger und die Möglichkeiten für das Engagement sind, aber auch was die Schlüsselbotschaften sind, welche Sie gemeinsam versuchen voranzubringen. Das Organisieren von Kapazitätsverbesserungs-Sitzungen kann sehr nützlich sein. Sie sollten damit beginnen, die momentane Situation in Ihrem Land zu analysieren (soziale, wirtschaftliche, ökologische, gleichheitsrelevante Aspekte), mit Blick auf die wichtigsten Trends und die Auswirkungen politischer Entscheidungen, und einen Konsens bezüglich der wichtigsten politischen Änderungen, die Sie für nötig halten, erarbeiten. Dies erzeugt einen Mehrwert zu jeder vielleicht von Ihnen gewollten Reaktion, und beteiligt alle Partner kohärent an der Arbeit. Sie möchten vielleicht die direkte Beteiligung derer erwägen, die von den Maßnahmen betroffen sind, wie zum Beispiel Frauen, von Armut betroffenen Menschen, junge Menschen, ältere Menschen und anderen Interessengruppen.

EAPN Frankreich hat zur Meinung des Nationalrates für den Kampf gegen Armut und Sozialer Ausgrenzung beigetragen, und der Beitrag wurde zur Gänze and das Nationale Reformprogramm angefügt. Für weitere Informationen kontaktieren Sie [Jeanne Dietrich](#).

Ihre Eingaben machen: Schlüsselbotschaften entwickeln

Ausgehend von der Analyse und der gemeinsamen Position wie weiter oben entwickelt, erklären Sie die wichtigsten Schwachstellen von Maßnahmenvorschlägen, einschließlich der Nationalen Reformprogramme oder anderen, und stellen Sie dem Ihre Liste der Ihrer Meinung nach wichtigsten Anforderungen gegenüber. Während Sie Ihre Position vorbereiten, sehen Sie sich das Nationale Reformprogramm Ihres Landes und die Länderspezifischen Empfehlungen an Ihr Land aus dem Vorjahr an, aber auch die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme, um zu sehen wie weit diese letzten beiden die NRPs und LSEs beeinflusst haben. Im sozialen Bereich lohnt es sich, sich den [Nationalen Sozialreport](#) anzusehen, welcher dazu bestimmt ist, die Grundlage/zusätzliche Informationen zur Sozialberichterstattung bereitzustellen. Dies könnte Ihnen dabei behilflich sein, Ihre Schlüsselbotschaften zu entwickeln – obwohl schlussendlich alle nationalen Kontexte verschieden sind. Sie können sich auch die Bewertung der Kommission zur Umsetzung der

Länderspezifischen Empfehlungen ansehen, der dem Jahreswachstumsbericht angefügt ist (siehe [hier](#)), genauso wie die Analyse und Schattenempfehlungen welche durch die Semesterallianz vorgelegt wurden (siehe [hier](#)). Angesichts des kurzen Zeitraums werden Sie vielleicht kein Dokument erhalten welches Sie kommentieren könnten, sondern werden nur die Gelegenheit haben, eine schriftliche oder mündliche Eingabe einzureichen, ohne einen Textentwurf zu sehen. Seien Sie vorbereitet um Ihre Schlüsselbotschaften, die Sie basierend auf Ihrer Analyse der wichtigsten Trends kommunizieren möchten, mitzuteilen. Manchmal haben einige bedeutsame Punkte einen größeren Einfluss als eine lange Liste von Forderungen. Wenn Ihnen ein Entwurf zugesandt wird, werden Sie oft nur sehr wenig Zeit haben um darauf zu antworten. Ihre Schlüsselbotschaften bereits vorbereitet zu haben wird Ihnen helfen, innerhalb der befristeten Zeitspannen Ihre Eingaben machen zu können.

CARITAS Europa hat, zusammen mit Ihren Mitgliedern, einen alternativen Schattenbericht bezüglich der Nationalen Reformprogramme seit 2007 entwickelt. Für die letzte 2013 Version (die 2014 Version ist in Vorbereitung) haben 23 nationale Caritas Organisationen eine Länderzusammenfassung, dem Format der NRP folgend, produziert und machten Beiträge zu aktuellen Trends, Politikentwicklungen und Herausforderungen, die Ziele in 2 Kernbereichen zu erreichen: Beschäftigung und Armutsverminderung, mit Empfehlungen. Sehen Sie den Bericht [hier](#).

Die Europäische Frauenlobby hat alternative Empfehlungen in einer Veröffentlichung mit dem Namen 'Tickende Uhren' vorgestellt, welche die Fragen der Geschlechtergleichheit im Allgemeinen und spezifische Empfehlungen für einige Mitgliedsstaaten skizziert. Wegen der andauernden geschlechtsspezifischen Unterschiede in Bezug auf Bezahlung, Pensionen und Armut fordert die EFL LSEs welche die strukturellen Geschlechtsungleichheiten ansprechen, die in allen Mitgliedsstaaten fortbestehen.

Besprechen Sie die Länderspezifischen Empfehlungen für Ihr Land

Es ist klar dass die LSEs immer wichtiger werden und die Prioritäten der nationalen Politik sowie im Anschluss die Ausgaben des Haushalts und der Öffentlichkeit beeinflussen. Betrachten Sie die LSEs der Europäischen Kommission für Ihr Land, weisen Sie auf Lücken und potentiell gefährliche Maßnahmen hin genauso wie auf positive Elemente. Bereiten Sie Kommentare zu der Umsetzung der LSEs vor, entwickeln Sie Alternativen, und senden Sie Ihre Vorschläge an Ihre Regierung, als Teil Ihrer Eingabe zu dem Semester. Schicken Sie sie auch zur Kommission (d.h. Sach- und Politikbeauftragte) und zu den unabhängigen Sachverständigen die mit der Kommission arbeiten, z. B. beim Sozialschutz und Sozialer Eingebundenheit, und den neuen Beauftragten des Europäischen Semesters. Sie können alle relevanten Informationen in dem *Wen Kontaktieren* Abschnitt weiter unten finden. **Bitten schicken Sie der Allianz eine Kopie all Ihrer Beiträge – egal in welcher Sprache.**

Das Europäische Anti-Armut Netzwerk hat mit seinen Mitgliedern die Länderspezifischen Empfehlungen seit 2012 überwacht und bewertet. In jährlichen Berichten weisen EAPN Nationale Netzwerke und Europäische Organisationen auf positive und negative Elemente in den von der Kommission vorbereiteten LSEs hin, machen angemessene Kommentare über deren Umsetzung vor Ort, und schlagen alternative LSEs vor, im Einklang mit nationalen Gegebenheiten und was erforderlich ist für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und um das Armuts-Ziel zu erreichen. Sie können die vollständigen Berichte hier

einsehen – [2012](#), [2013](#), [2014](#), oder kontaktieren Sie [Sian Jones](#), EAPN Maßnahmenkoordinator. Eine ad-hoc Gruppe namens LSE Allianz reichte ebenfalls gemeinsame Vorschläge eines breiteren Spektrums von Organisationen ein (Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen in 2012 and 2013). See [hier](#).

Bündnisse schließen

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt dass in den meisten Ländern in Bezug auf die Einbindung der Interessengruppen noch viel zu Wünschen übrig bleibt. Auch ist es im aktuellen negativen Kontext schwierig Fortschritte zu machen, wenn wir nicht mit einer Stimme sprechen. Es ist wichtig, zusammen zu arbeiten und starke Allianzen zu schließen, Organisationen zusammenzubringen, die gemeinsame Werte und Anliegen haben – zum Beispiel Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (Sozial-, Umwelt-, Gleichheitsorganisationen, einschließlich Frauenorganisationen), Akademiker, Politiker, die Medien – und gemeinsame Plattformen zu erschaffen. Dies ist die Basis der EU Semesterallianz. Eine Schlüsselressource und Verbündete sind zum Beispiel die unabhängigen Sachverständigen für Sozialschutz und soziale Eingliederung, die jedes Jahr verantwortlich sind für die Überarbeitung der NRPs und der Nationalen Sozialberichte für die Kommission, und die einbezogen werden können um Vorschläge für die Länderspezifischen Empfehlungen zu unterbreiten. Es ist wichtig zu versuchen, einen ständigen Dialog mit ihnen aufzubauen. Wenn möglich, versuchen Sie Ihr Nationales Parlament hinzu zu ziehen, da es in den vergangenen Jahren nur wenig parlamentarische Beteiligung gab, und bemühen Sie Ihren Abgeordneten. Das Entwickeln einer gemeinsamen Botschaft zwischen einem so breiten Spektrum verschiedener Organisationen kann anfangs schwierig sein, aber die Anstrengungen sind ein Preis den es für eine stärkere Mobilisierung und Auswirkung zu zahlen sich lohnt. Eine Möglichkeit besteht darin, jeden Sektor ihren eigenen Vorschlag entwickeln zu lassen, und dann zusammen zu kommen um zu diskutieren wo die Ziele oder Vorschläge sich zu widersprechen oder einander zu untergraben scheinen und wo nötig Kompromisse zu finden.

EAPN Belgien hat eine Europa 2020 Arbeitsgruppe aufgebaut, die sich monatlich trifft um Aktualisierungen der Europäischen Ebene zu diskutieren und wie die Belgische Politik beeinflusst werden kann. Zur Gruppe gehören Vertreter der regionalen Netzwerke und Graswurzelverbände, unter ihnen etwa 20 Personen, die von Armut betroffen sind. Es gibt auch eine Belgische Plattform Gegen Armut Europa 2020, organisiert durch die Öffentliche Verwaltung der Sozialen Integration, welche sich +/- 5 Mal pro Jahr trifft, und welche eine offizielle Plattform zum Dialog und Nachverfolgung der Belgischen Anti-Armutmaßnahmen, besonders im Rahmen von Europa 2020, darstellt. Mehrere NGOs nehmen an diesen Treffen teil, einschließlich einer starken Delegation(+/-12 Mitglieder) von EAPN Belgien (BAPN). Für weitere Informationen kontaktieren Sie [Elke Vandermeerschen](#).

Am 6. Juni 2014 hat die Semesterallianz einen eintägigen Kapazitätsverbesserungs-Workshop für 35 Allianzmitglieder in Brüssel abgehalten. Der Workshop hatte drei Ziele: 1) ihr Wissen über Europa 2020 und das Europäische Semester zu stärken und die Effizienz ihres Engagements zu erhöhen; 2) ihre Kapazität, sektorenübergreifende Allianzen zu schließen, zu erhöhen, besonders auf der nationalen Ebene; 3) die Beteiligung an und das Entwickeln von Verantwortungsgefühl für die Semesterallianz zu vergrößern. Der Workshop war sehr

interaktiv, mit Vorträgen und Diskussionen, mit Eingaben der Europäischen Kommission und auch praktischen Workshops, mit einem Austausch des Gelernten über nationales Engagement und mit praktischen Gruppenübungen von sektorübergreifendem Arbeiten. Für weitere Details sehen Sie [hier](#).

Verbreiten Sie Ihre Botschaften und fördern Sie die Öffentlichen Debatte

Angesichts der aktuellen Schwäche des Beteiligungsprozesses der Interessengruppen ist es wichtig dass Sie Ihre Botschaften nicht auf einen internen Dialog mit der Regierung beschränken. Denken Sie darüber nach, wie Sie Ihre Botschaften den wichtigsten Akteuren zutragen und in die Öffentlichkeit bringen. Dies kann bedeuten Briefe zu verschicken, attraktivere Wege der Präsentation Ihrer Botschaften zu bedenken und sie durch verschiedene Kanäle und Gruppen zu leiten. In Allianzen zu arbeiten (siehe oben) wird dafür von Bedeutung sein. Wenn möglich ist es immer nützlich die Medien einzubringen (inklusive sozialer Medien) um Ihre Botschaft einem breiteren Publikum zu übermitteln und ein Bewusstsein über die Prozesse und Anliegen zu erzeugen.

EAPN Dänemark hat sein Engagement bereits 2006 gestartet, durch ein Sensibilisierungsprojekt zu den Nationalen Aktionsplänen für Soziale Eingliederung, und Konferenzen über Armut in Dänemark. Es hat ein Netzwerk interessierter Gruppen aufgebaut, und Das Europäische Jahr gegen Armut und sozialer Ausgrenzung von 2010 ermöglichte eine Verbreiterung der Allianz und eine Intensivierung der Aktivitäten. Momentan repräsentiert EAPN DK die Zivilgesellschaft im Beirat der Regierung für die Europa 2020 Strategie, welcher 30 Vertreter umfasst. Dieser Beirat erhält einen Entwurf des NRP, und ebenso der LSEs sobald diese ankommen, und hat die Chance sie detailliert zu diskutieren, mit mehr Zeit (2 Monate) um Eingaben zu machen. Kritik wird akzeptiert. Es hat 5 Jahre gedauert diese Beziehung aufzubauen, aber das war es wert. Für weitere Informationen kontaktieren Sie [Per K. Larsen](#).

Vergessen Sie nicht die Halbzeitüberprüfung

Wie oben erwähnt ergibt sich 2014 die Möglichkeit nicht nur zu den jährlichen Europa 2020 und Europäisches Semester Prozessen beizutragen, sonder auch zu der Halbzeitüberprüfung der Strategie selbst, eine einmalige Erscheinung während des zehnjährigen Prozesses. Alle Allianzen sollten zusammen arbeiten, um gemeinsame Positionen und Stellungnahmen für die Halbzeitüberprüfung-Konsultation zu erarbeiten, und dadurch eine gemeinsame Botschaft über die Notwendigkeit einer Verschiebung hin zu einer sozialeren und nachhaltigeren Strategie, welche auf sinnvoller Einbeziehung der Interessengruppen basiert. Während gemeinsame Botschaften und Forderungen von Bedeutung sind, ist es auch wichtig dass jede Organisation diese separat zu der Konsultation beiträgt, um deutlich zu machen dass obwohl die Botschaften identisch sind sich eine Vielzahl von Stimmen dahinter versammeln.

Zeitachse und Prüfliste

ZEITACHSE	EUROPÄISCHES SEMESTER AKTIVITÄTEN	WAS SIE TUN KÖNNEN	CHECK
Oktober – November	Bilaterale Treffen zwischen der Kommission und den	Schreiben Sie Ihrer Regierung um sie wissen zu lassen dass Sie and den LSEs arbeiten und	

	Mitgliedsstaaten	dass Sie einen Beitrag zu leisten wünschen, konsultiert werden möchten und ein Teil des Prozesses sein wollen, der zum Europäischen Semester führt. Fragen Sie nach einem Zeitrahmen und nach Konsultierung. Falls sie bereits engagiert sind, machen Sie konkrete Vorschläge für den JWB.	
November	Jahreswachstumsbericht und Warnmechanismusbericht erscheinen	Analysieren Sie was die Vorschläge für Ihren spezifischen Bereich der Expertise/Vertretung bedeuten, in Zusammenarbeit mit Ihrer Europäischen Vertretungsorganisation, und sehen Sie ob Ihr Land ein Gesamtwirtschaftliches oder Übermäßiges Ungleichgewichtsverfahren riskiert.	
Dezember – Januar	Rat und Parlament diskutieren den JWB	Kontaktieren Sie Ihre Regierung und / oder Ministerratsvertreter, oder den Beauftragten für das Europäische Semester um mehr Informationen über den Prozess zu erlangen, das Timing der NRP Vorbereitungen, und wer die Hauptkontaktpersonen sind. Versuchen Sie die Leitlinie für das Nationale Reformprogramm von Ihrer Regierung zu erhalten. Kontaktieren Sie die Mitglieder Ihres Parlaments und äußern Sie den Wunsch nach einem Treffen.	
Februar	Bilaterale Treffen zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten	Zusammenarbeit an den Länderspezifischen Empfehlungen: Analyse, wie weit diese umgesetzt worden sind, positive und negative Auswirkung, neue vorbereiten.	

März	<ul style="list-style-type: none"> - Europäischer Frühjahrsrat - Europäische Kommission beginnt die Mitteilung der Bestandsaufnahme der Halbzeitüberprüfung (2014) 	Teilen Sie Ihrer Regierung Ihre Eingaben/Reaktionen mit, dem Vertreter des Ausschusses für Sozialschutz, den unabhängigen Sachverständigen, den Medien, und anderen Interessengruppen.	
April	Bilaterale Treffen zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten	Drängen Sie weiter auf einen Prozess der Interessengruppen für das NRP, und für ein Engagement mit Ihrer Regierung, einschließlich dem Senden von Reaktionen auf Entwürfe; benutzen Sie die Medien, soziale Medien, und andere Kanäle um Ihre Vorschläge zu verbreiten.	
15. April	Regierungen reichen die Nationalen Reformprogramme und Stabilitäts- und Konvergenzberichte ein	Schreiben Sie Ihrer Regierung sobald Sie festgestellt haben ob Ihre Vorschläge enthalten sind (oder nicht) und in welcher Form, fragen Sie nach einer weiteren Beteiligung sobald die Kommission das NRP bewertet.	
Mai	<ul style="list-style-type: none"> - Der Rat für Wirtschaft und Finanzen führt eine detaillierte Überprüfung durch, basierend auf dem Verfahren des Gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts - Die Europäische Kommission bewertet die NRPs und die Berichte des Ausschusses für Soziales - Die Europäische Kommission beginnt mit der öffentlichen Konsultation für die Halbzeitüberprüfung (2014) 	Beschaffen Sie sich Ihr NRP und analysieren Sie es gemeinsam mit Ihren Partnern, prüfen Sie es auf Ihre Eingaben; geben Sie eine Pressemitteilung heraus, und schicken Sie Ihre Kommentare zu Ihrer Regierung, Ihrer Europäischen Organisation, der EU Allianz, und der Europäischen Kommission.	
Juni	Die Europäische Kommission legt Länderspezifische	Prüfen Sie die LSEs auf Ihre eigenen Vorschläge. Schreiben Sie Ihrer Regierung und der	

	Empfehlungen vor	Kommission als Reaktion auf die LSEs (Entwürfe), und fordern Sie korrigierende Maßnahmen bevor die LSEs im Juli gebilligt werden. Teilen Sie Ihre Sicht der Europäischen Organisation und der EU Allianz mit.	
Juli	Der Rat für Wirtschaft und Finanzen nimmt die LSEs formal an	Übermitteln Sie den Synthesebericht Ihrer Europäischen Organisation und der Europäischen Allianz und Ihrer eigenen Eingaben Ihrer Regierung, dem Vertreter des Ausschusses für Soziales, dem unabhängigen Sachverständigen, den Medien und anderen Interessengruppen.	
Oktober	<p>- Am 15. Oktober präsentieren die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Kommission ihre Haushaltsentwürfe</p> <p>- 31. Oktober – Stichtag für die Konsultierung über die Halbzeitüberprüfung der Europa 2020 Strategie (2014)</p>	Analysieren Sie die von Ihrer Regierung eingereichten Haushalte, prüfen Sie wie die Ausgaben/Kürzungen Ihre spezifischen Themen/Anliegen beeinflussen. Reagieren Sie auf die Halbzeitüberprüfung-Konsultation. Überprüfen Sie Ihr Engagement und ziehen Sie weitere Schritte in Betracht – einschließlich weiterer proaktiver Eingaben. Organisieren Sie und/oder beteiligen Sie sich an nationalen Unterstützungs-veranstaltungen.	
November	Jahreswachstumsbericht und Warnmechanismus-bericht werden samt Anhängen publiziert.	Überprüfen Sie die Umsetzungen der LSEs in Ihrem Land und schicken Sie der Regierung und Kommission Ihre Bewertung und konkrete Vorschläge für neue oder angepasste LSEs, zusammen mit Ihrer Europäischen Organisation und der Europäischen Allianz.	
Dezember		Behalten Sie den Überblick über alle seit dem Anfang	

		getätigten Eingaben, und dokumentieren Sie welche Schritte unternommen wurden und wie diese Angesprochen wurden. Ziehen Sie Lehren für den nächsten Zyklus und etablieren Sie einen Aktionsplan.	
--	--	--	--

[\[zurück nach oben\]](#)

4. Schlüsselbotschaften und Politikaufhänger

Diese Mitteilungen stammen aus der gemeinsamen Publikation der EU Mitgliederallianz, präsentiert auf einer Anhörung im EWSA am 7. April 2014. Die Politikaufhänger unterstreichen nützliche Referenzmaßnahmen in EU Dokumenten, nach Bereichen sortiert.

MAKROÖKONOMISCHE MAßNAHME

Botschaften

1. Priorisieren Sie makroökonomische Maßnahmen, die soziale, gleichheitsrelevante und ökologische Ziele unterstützen

Die meisten LSEs konzentrieren sich größtenteils auf kurzfristige finanzielle Konsolidierungsziele, anstelle einer langfristigen Sicht von Investitionen. Sie lassen die Berücksichtigung von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Vorteilen und Kosten, und eine Überprüfung der Auswirkungen auf Gleichheit, einschließlich Geschlechtergleichheit, außer Acht. Die sozialen und gleichheitsrelevanten Auswirkungen der vorgeschlagenen finanziellen Konsolidierungsmaßnahmen waren besonders erheblich, haben zu einem Anstieg der Armut und sozialer Ausgrenzung beigetragen und vergrößern die Gleichheitskluft, einschließlich Geschlechtergleichheit. Dieser Ansatz untergräbt sowohl den Zusammenhalt von Europa 2020 und den Prozess des Europäischen Semesters, als auch seine Wirksamkeit bei der Gewährleistung von Fortschritt in Richtung der Ziele.

- *Implementieren Sie eine Ex ante Sozial-, Geschlechts-, Gleichheits- und Umweltverträglichkeitsprüfung der makroökonomischen LSEs und fördern Sie eine umfassende, ausgeglichene Strategie, welche sicherstellt dass ökonomische Ziele konsistent sind mit dem Erreichen der Sozial-, Geschlechts-, Gleichheits- und Umweltzielen ist.*

2. Investition in umfassendes und nachhaltiges Wachstum

Während Investition als bedeutsam für das Wachstum anerkannt ist, wird den EU Schlüsselzielen, die auf soziale Investitionen² oder nachhaltige Entwicklung wie in den Vorschlägen der Kommission festgehalten konzentriert sind, nur wenig Bedeutung beigemessen. Erhöhte soziale und ökologische/Klimaschutzinvestition ist unerlässlich für eine nachhaltige Erholung, besonders wo mehrfache Nutzen bei verschiedenen Zielen erreicht werden können.

- *Investieren in bezahlbares Wohnen, in Energieeinsparungs-/Isolationsprioritäten und in soziale/Gesundheitsinfrastruktur (besonders frühkindliche Bildung und Pflegezentren/Gesundheits- und Sozialdienstleistungen) um positive Resultate in mehreren Europa 2020 Zielen sicherzustellen: neue Arbeitsplätze schaffen, in Menschen investieren, den Klimawandel bekämpfen, und Armut reduzieren.*

3. Umfassende und nachhaltige Steuerpolitik

Einer wachstumsfreundlichen Steuerpolitik ist eine zunehmende Bedeutung in den LSEs zugekommen. Während auf den Gebieten der Steuerflucht und Steuervermeidung Fortschritte erzielt wurden, könnte mehr getan werden um die Besteuerung von der Arbeitsleistung hin zu Umweltrisiken zu verlagern, und intensive Subventionen welche das

Klima und die Energieeffizienz bedrohen, d. h. die Unterstützung fossiler Brennstoffe, anzugehen. Ein umfassender Ansatz um die gemeinsamen Sozial-, Geschlechts-, Gleichheits- und Umweltrelevanten Auswirkungen zu überprüfen und Steuergerechtigkeit einschließlich progressiver Besteuerung zu fördern, wird als Schlüsselumverteilungswerkzeug benötigt.

- *Sicherstellen dass die Steuerpolitik aktiv zu langfristigen sozialen und ökologischen Zielen beiträgt.*
- *Ex ante Auswirkungsbewertungen einbetten zum Schutz gegen unfaire Umverteilung der Last auf die Armen, Förderung eines Steuergerechtigkeitsmodells für die Finanzierung sozialer, gleichheitsrelevanter und ökologischer Ziele.*

Politikauflänger

Jahreswachstumsbericht

Obwohl der JWB 2014 primär eine Botschaft des ‚Business as usual‘ sendet, ohne einer „Reformmüdigkeit“ nachzugeben (d.h. Defizitabbau), sind die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und „eine dauerhafte Erholung sichern“ stärker in den Fokus gerückt. Daher gibt es einige Anerkennung der Notwendigkeit, die Prioritäten neu auszutarieren: „Überlegungen zur Fairness und Klarheit über die Ziele werden von Bedeutung sein um einen dauerhaften Erfolg zu erzielen, die Effizienz und öffentliche Akzeptierbarkeit der Anstrengungen auf der Nationalen und Europäischen Ebene zu sichern.“ Die erste Priorität ist eine differenzierte wachstumsfreundliche finanzielle Konsolidierung zu verfolgen, mit einer Anerkennung der Notwendigkeit zwischen Ausgabenkürzungen und dem Einkommen auszugleichen, aber mit der Betonung auf Steuerkürzungen und Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge. Es verlangt nach einer langfristigen Investition in Bildung, Forschung, Innovation, Energie und Klimawandel, und einem „für die Bedürfnisse der Schwächsten der Gesellschaft muss gesorgt werden“. Der Fokus auf wachstumsfreundliche Besteuerung zielt primär darauf ab, die Steuerlast weg von der Arbeit hin zum Konsum und Besitz zu verlagern, und Verschmutzung zu bekämpfen. Ersteres wird wahrscheinlich als regressiv wahrgenommen, da die MwSt. überproportional die Armen trifft, während Besitz- und Verschmutzungsbesteuerung positiv zu sein scheinen. Steuerhinterziehung und –vermeidung, und erneute Investition in Einhaltung der Steuervorschriften ist eine wichtige Priorität. Die 5te Priorität ist das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit Heute und Morgen zu fördern, was die Notwendigkeit, neue Ressourcen des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit zu finden, unterstreicht. Wie auch immer, dies ist ausgerichtet auf die Hochtechnologie, die Priorität liegt auf der Reduzierung der Arbeitskosten und den Abschluss der Liberalisierung des Dienstleistungsmarkts, mit Bedenken über potentielle negative Auswirkungen auf die sozialen Rechte.

Mitteilung: Bestandsaufnahme der Europa 2020 Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Diese Überprüfung des Erbrachten von Europa 2020 unterstreicht einen Rückgang in Defiziten (6,5% in 2010, erwartet auf 2,7% zu sinken bis 2015), aber dennoch rapide steigender Staatsverschuldung (80% in 2010, erwartet auf 89.5% zu steigen bis 2015). Sie erkennt die Auswirkungen der Krise an und sagt dass eine Rückkehr zum Wachstumsmodell der vorhergehenden Dekade sowohl illusorisch als auch schädlich sei – Immobilienblase; wachsende soziale Ungleichheit; multipler Druck auf die Verwendung von Ressourcen und der Umwelt; starker Anstieg der Arbeitslosigkeit; Schwächen in den Bildungs- und

Ausbildungssystemen. Diese haben zum Kollaps von Teilen unserer Volkswirtschaften beigetragen als die volle Krise traf. Eine weitere positive Referenz ist auf S.9, welche erkennt das „die Krise hat das Problem... der Fairness des produzierten und verteilten Wohlstands durch Wachstum in den Vordergrund gerückt.“ Während das BIP und der Wohlstand im Ganzen weiter gestiegen sind, wurde die Ungleichheit in Europa größer... seit den 1980er Jahren (im Durchschnitt von 2012 verdienen die oberen 20% 5,1 mal so viel wie die unteren 20%). Das Problem der Verteilungsfairness wiederum vergrößert die Schwierigkeit, die Herausforderungen, denen sich Europas Wirtschaft ausgesetzt sieht, anzusprechen.

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Botschaften

1. Ehrgeizigere Ziele und ein strategischer Ansatz

- *Die Mitgliedsstaaten sollten ehrgeizige nationale Ziele für alle 3 Indikatoren festlegen, gegliedert nach den wichtigsten Faktoren (Geschlecht, Alter, ethnische Zugehörigkeit).*
- *Jeder Mitgliedsstaat sollte eine umfassende Diagnose der Gründe/Trends als Basis für eine integrierte anti-Armut Strategie entwickeln.*
- *Entwicklung von Teilzielen und thematischer Strategien für die wichtigsten Prioritäten/Gruppen: Bekämpfung von Obdachlosigkeit, Investitionen in Kinder, Integration der Roma und übergreifende Themen.*

2. Bezahlbaren Zugang zu Qualitätsdienstleistungen sichern – insbesondere Wohnen, Obdachlosigkeit bekämpfen, Gesundheit und Langzeitpflege.

- *Maßnahmen anfordern, um Zugang zu bezahlbarem Wohnen zu vergrößern: Sozialwohnungen, Mietverordnungen, sowie Diversifikation und Wohnrechte neu austarieren.*
- *Investitionen in bezahlbare Gesundheits- und Langzeitpflege erhöhen, sowie gleichen Zugang sichern, einschließlich Aktionen gegen Diskriminierung fördern, z. B. Roma/Migranten ohne Papiere.*

3. Verstärkung sozialer Investitionen und universeller sozialer Schutzsysteme

- *Investitionen in integrierten Sozialschutz über den Lebenszyklus Priorität geben, ein angemessenes Mindesteinkommen, Arbeitslosenunterstützung und Pensionen mit EU-weiten Maßstäben garantieren.*
- *Sicherstellen das Vorschläge zur Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge keine negative Auswirkungen auf die nachhaltige Finanzierung des Sozialschutzes haben.*

4. Investitionen in Kinder und Jugendliche, kombiniert mit integrierten Strategien für alle Risikogruppen

- *Ermöglichen der Unterstützung von integrierten Strategien für Investitionen in Kinder (und deren Familien), in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Kommission.*
- *Umsetzung der Jugendgarantie durch qualitätsvolle integrierte Programme und fördern der Jugendintegration, über Arbeitsplätze hinaus.*

- *Sicherstellen dass ein integrierter Ansatz zur sozialen Eingliederung und Armutsverringerung über den Lebenszyklus für alle Risikogruppen gefördert wird.*

Politikaufräger

Jahreswachstumsbericht

Das diesjährige Dokument behält die gleiche Priorität 4 – *Arbeitslosigkeit und die Sozialen Konsequenzen der Krise Bekämpfen* – wie in den vergangenen zwei Jahren. Während das Dokument anerkennt dass Armut und Arbeitslosigkeit immer noch wachsen, liegt der Schwerpunkt auf aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen, insbesondere der Jugendgarantie. Kinderarmut wird hervorgehoben, sowie Aktive Eingliederung, aber letztere ist erwähnt aus der engen Perspektive der One-Stop Shops, daher wird Aktivierung mit dem zur Verfügung stellen von Wohlfahrtsleistungen und dem Verbessern von Effizienz in Verbindung gebracht, anstelle der Qualität der Bereitstellung, mit eingeschränkten Verweisen auf Fortschritte bei angemessenen Mindesteinkommen oder bei der Verteidigung qualitativvoller Sozialschutzsysteme.

Gemeinsamer Beschäftigungsbericht

Das Dokument macht keine konkreten Empfehlungen, aber erkennt dass die Arbeitslosigkeit ein nie da gewesenes Niveau erreicht hat, während die Segmentierung des Arbeitsmarktes unsichere Arbeitsplätze insbesondere für Jugendliche bedeutet und ein Lohngefälle insbesondere für Frauen. Arbeitsplatzschaffung und Qualitätsarbeitsplätze sind abwesende Dimensionen, genau wie die Bekämpfung der Armut trotz Erwerbstätigkeit. Der Ansatz zur Armutsbekämpfung wird weiterhin als primär „employment-only“ betrachtet. Aktive Eingliederung als solche ist nicht erwähnt, aber das sinkende Einkommen der Haushalte bekommt etwas Anerkennung, besonders durch die finanziellen Konsolidierungsanstrengungen der vergangenen Jahre. Es gibt einen starken Fokus auf Gesundheit, und weniger auf andere Dienstleistungen und den Mindestlohn.

Sozialinvestitionspaket (SIP)

Die Mitteilung „Sozialinvestitionen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt“ und das übrige Sozialinvestitionspaket, veröffentlicht im Februar 2013, ist die wichtigste Schlüsseleingabe zur sozialen Eingliederung durch die GD „Beschäftigung und Soziales“ für Europa 2020. Ihre Hauptbotschaft ist, dass Sozialpolitik als eine Sozialinvestition gesehen werden sollte, welches die Haushalte effizienter nutzt um Beschäftigung sowie wirtschaftliche und soziale Erträge zu erlangen, die Stärkung der Fähigkeit der Menschen, durch einen Lebenszyklus-Ansatz, dem Arbeitsmarkt und der Gesellschaft beizutreten. Allerdings werden die guten Absichten durch vorherrschende Botschaften über Effizienz und die Notwendigkeit der Neuorientierung von Sozialbudgets in Richtung vermehrter Aktivierungs- und Befähigungsbudgets, weg von „passivem Sozialschutz“, unterlaufen, während auf vermehrte Zielgruppenadressierung, temporären Zahlungen und Bedingtheit gedrängt wird. Das Paket enthält auch wichtige Initiativen von der Europäischen Plattform gegen Armut, einschließlich der Kinderarmutsempfehlungen der Kommission, Umsetzungsbericht der Aktiven Eingliederung, Obdachlosigkeit und Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt Bekämpfen und anderen. Sie enthält einige wichtige Empfehlungen, aber das Fehlen von Kohärenz mit der OKM Sozialschutz, EPGA und Gesamtkernbotschaften

bereiten große Sorge, besonders wegen ihrer Auswirkung auf Europa 2020, dem Europäischen Semester und den LSEs.

Soziale Dimension der WWU

Die Mitteilung der Europäischen Kommission wurde im Oktober 2013 angenommen und zielt darauf ab, wachsende Abweichungen (soziale Ungleichgewichte) in Bezug auf Armut, Ungleichheit und Beschäftigung zwischen Mitgliedsstaaten zu verringern, um die makroökonomische Stabilität zu verbessern. Sie ruht auf drei Hauptsäulen: 1. Verstärkte Überwachung von Beschäftigung und sozialer Herausforderungen und Maßnahmenkoordination; 2. Vergrößerte Solidarität und Maßnahmen zur Beschäftigung und Mobilität der Arbeitskräfte; 3. Stärkung des sozialen Dialogs. Der Hauptvorschlag ist, neue Sozial- und Beschäftigungsindikatoren in das Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichtsverfahren (GUV) einzuführen, und einen Hauptanzeiger für Beschäftigungs- und Sozialindikatoren zu entwickeln, die auf bereits existierende Sozial- und Beschäftigungsanzeiger zurückzugreifen, um die Koordination von sozialen Maßnahmen, wie zur Arbeitslosigkeit, NEETs (Menschen ohne Bildung, Beschäftigung und Ausbildung), verfügbarem Einkommen, zu Menschen mit Risiko von Armut und Ungleichheiten (das letztere als eine neue und willkommene Verbesserung) zu stärken. Der soziale Dialog wird ebenfalls gestärkt, einschließlich durch das Europäische Semester und Europa 2020, besonders in Bezug auf die LSEs, aber die Zivilgesellschaft wird nicht erwähnt (zum Beispiel wurde die Sicht der Sozialpartner bezüglich der JWB auf der Webseite der Europäischen Kommission veröffentlicht). Umsetzung und Auswirkung sind nicht klar, besonders angesichts des Mangels an „Auslösern“ für Maßnahmen und Vorschlägen zur Ex ante Bedingtheit. Der Anzeiger wurde das erste Mal in den Gemeinsamen Beschäftigungsbericht eingeführt, aber ohne Vorschläge. Der Rat wird weitere Vorschläge zu der Benutzung und der Umsetzung in diesem Jahr unterbreiten, aber es ist wahrscheinlich dass der Anzeiger nicht vor 2015 einsatzbereit sein wird.

Mitteilung: Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Das Dokument erkennt steigende Niveaus der Arbeitslosigkeit und Armut als ein Resultat der Krise, konzentriert sich aber hauptsächlich auf die steigende Arbeitslosigkeit, besonders für Menschen über 55 und der Jugend. Es unterstreicht das Versagen, auf diesem Gebiet Fortschritt zu erzielen, und erkennt an dass die Fälle von Armut und sozialer Ausgrenzung von 114 Millionen im Jahr 2009 auf 124 Millionen im Jahr 2012 angestiegen sind. Es unterstreicht dass das Niveau der Armutsfälle im Jahr 2020 dicht bei 100 Millionen liegen könnte, und die Vergrößerung materieller Benachteiligung und Anzahl von Haushalten ohne Beschäftigung werden als Hauptprobleme genannt. Es hebt positiv hervor dass „die Krise die Notwendigkeit von effektiven sozialen Sicherungssystemen gezeigt hat“.

EPSCO Rat – März 2014

Die Minister für Beschäftigung und Soziales diskutierten das Dokument über die Bestandsaufnahme und betonten dass „der wirtschaftliche Abschwung ist eine Belastung für unsere gemeinsame Strategie und Europas Sozialgewebe. Die soziale Auswirkung der Krise, mit massiver Arbeitslosigkeit und hohem Armutsniveau untergräbt die Fundamente des

sozialen Zusammenhalts und betrifft das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Europäische Projekt.“ Die Minister hoben weiterhin hervor dass das Fehlen von Fortschritten in Richtung der Ziele, besonders die Armut betreffende Ziele, und betonten den Wert dieser Ziele als „Vektoren für politische Mobilisation“, aber forderten die nötigen Verbesserungen der Verwaltung der Strategie und die Koordination zwischen finanziellen, ökonomischen und sozialen Prioritäten sicherzustellen.

Frühjahrsrat 2014

Es steht nichts über Armut und soziale Ausgrenzung in den Schlussfolgerungen des Rates, außer der Erwähnung dass die Krise den Fortschritt der Europa 2020 Ziele verzögert hat, und dass der Rat verlangt die Anstrengungen zu vergrößern, diese zu erreichen.

BESCHÄFTIGUNG

Botschaften

1. Nachhaltige, qualitätsvolle Beschäftigung für den Zyklus des Berufslebens schaffen

- *Investieren in hochwertige grüne und soziale Arbeitsplätze*
- *Konkrete Maßnahmen zur Verringerung der Armut trotz Einkommen und des geschlechtsspezifischen Lohngefälles: Erhöhung der Mindestlöhne, Unterstützung von lebensunterhaltssichernden Löhnen und der Work-Life-Balance, Verteidigung von Arbeitsschutz und soziale Rechten*

2. Individuelle, integrierte Aktive Eingliederung, nicht nur Aktivierung

- *Explizite Förderung der integrierten Aktiven Eingliederung (Einkommensunterstützung, einschließlich Arbeitsmarkt und Zugang zu Qualitätsdienstleistungen), basierend auf individueller, integrierter Unterstützung.*
- *Zugang zu bezahlbarer Kinderbetreuung/FBBE um Frauen in Arbeit zu unterstützen*
- *Unterstützung des aktiven Alterns um es älteren Menschen zu ermöglichen, in Arbeitsplätze mit altersfreundlichen Arbeitsmärkten zu gelangen/zu bleiben.*

Politikaufhänger

Jahreswachstumsbericht (JWB)

„Ein besonderer Fokus wurde auf Maßnahmen zum Verringern der unannehmbar hohen Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen gelegt. [...] Besondere Aufmerksamkeit sollte auch dem Erhalt oder der Verstärkung der Reichweite und Wirksamkeit der Arbeitsvermittlung und aktiver Arbeitsmarktpolitik zuteil werden, wie z. B. Ausbildung für die Arbeitslosen und Jugendgarantiesysteme.“ „Die oberste Priorität sollte der ambitionierten Umsetzung und den Folgemaßnahmen der Reformen bezüglich des Funktionierens des Arbeitsmarktes gegeben werden so dass die Beteiligung erhöht werden kann. Dazu gehört auch die Schaffung von Arbeitsplätzen in Wachstumsbranchen zu stimulieren, die Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte, einschließlich der Langzeitarbeitslosen und den am meisten gefährdeten Gruppen, einschließlich durch aktive Unterstützung und Ausbildung von Arbeitslosen, und dafür zu sorgen, dass soziale Sicherheitsnetze in vollem

Umfang ihre Rolle spielen. Im Kontext einer alternden Erwerbsbevölkerung erfordern ein längeres und erfüllteres Arbeitsleben ausreichende Fertigkeiten und lebenslanges Lernen, aktivierende Arbeitsumgebungen, und auch das Ansprechen der Auswirkungen von geschlechtsspezifischem Lohn und Aktivitätslücken auf die Rentenansprüche von Frauen. Zugang zu bezahlbaren Betreuungsdiensten wird Frauen helfen, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. [...] Die Ökologisierung der Wirtschaft, des digitalen Sektors und der Gesundheitsdienstleistungen sind Bereiche, welche signifikante Beschäftigungsmöglichkeiten in den kommenden Jahren erzeugen werden.

Gemeinsamer Beschäftigungsbericht (GBB)

Der Gemeinsame Beschäftigungsbericht bildet einen Anhang des JWB und überprüft nationale Maßnahmen, die dazu gedacht sind, die Beschäftigungs-, Bildungs-, und Armutsverringerungsziele von Europa 2020 zu erreichen, wie in den Nationalen Reformprogrammen dargestellt. Er enthält keine spezifischen Empfehlungen oder Maßnahmenanalysen als solche, sondern ist eher ein Überblick der Reaktionen auf Maßnahmen und Initiativen in den Mitgliedsstaaten. Er unterstreicht eine Anzahl von Themen, wie steigende Arbeitslosigkeit (besonders für die Jugend und für Frauen), wie auch Langzeitarbeitslosigkeit, das Arbeitsplatzschaffungspotential der IKT und des grünen Sektors, Segmentierung des Arbeitsmarktes und Kündigungsschutzrecht, spezifische Arbeitsmarktmaßnahmen für spezifische Gruppen, Lohnentwicklungen. Das Dokument enthält Statistiken und Grafiken um die Situation auf der EU-Ebene und auf der Ebene spezieller Mitgliedsstaaten zu illustrieren.

Frühjahrsrat 2014

Der Europarat legt besonderen Wert auf Maßnahmen zur Vergrößerung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Unterstützung der Arbeitsplatzschaffung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, besonders der Jugendarbeitslosigkeit, und auf Folgemaßnahmen zu Reformen zur Verbesserung des Funktionierens des Arbeitsmarktes. Nichts weiter wird darüber gesagt wie dies erreicht werden könnte, oder was dies in der Praxis bedeutet.

BILDUNG UND AUSBILDUNG

Botschaften

- 1. Umfassende Bildung und lebenslanges Lernen unterstützen**
- 2. Soziale Investitionen in frühe Kindheit und spezialisierte Unterstützung für ESL erhöhen**
- 3. Sicherstellen dass Berufsausbildung auf den Arbeitsmarkt sowie auf die Bedürfnisse des Einzelnen reagiert**

Politikaufhänger

Es gibt zwei Europa 2020 Ziele, die bezüglich Bildung erreicht werden sollen: Schulabbrecher und höhere Bildung wie folgt:

- Die Schulabbrecherquote auf unter 10% zu reduzieren;
- Das mindestens 40% der 30-34-jährigen eine Bildung des dritten Grades abschließen.

Jahreswachstumsbericht

Der JWB legt den Schwerpunkt auf die Jugendgarantie und kontinuierlicher Bildung von jungen Menschen nach dem Verlassen der Schule. Die Kommission priorisiert wieder die Langzeitinvestition in Bildung, zusammen mit Forschung, Innovation, Energie und Klimawandelmaßnahmen. Der JWB besagt dass „Taten notwendig sind um Bildung und die Ausübung von Fertigkeiten zu verbessern und stellt fest, dass die EU beim Bereitstellen ihrer für 2020 anvisierten Ziele in Bezug auf Bildung zurückliegt.“ Allerdings ist all dies vor dem Hintergrund der Belegschaft und den erfordernten Fertigkeiten, um der Belegschaft beizutreten, zu sehen. Der JWB fährt fort, die Modernisierung der Bildungs- und Ausbildungssysteme, unter anderem durch lebenslanges Lernen und durch Vereinfachung des Übergangs von Schule zur Arbeit durch Praktika und Lehrstellen zu fördern und zu priorisieren. Wenig ist enthalten über das Abbrechen der Schule oder irgendwelcher Anstrengungen dies zu Bekämpfen, und der Schwerpunkt liegt deutlich auf der frühestmöglichen Fertigstellung der Umsetzung der Jugendgarantiepläne der Mitgliedsstaaten und verwandter Förderprogramme. Der JWB betont auch dass Bildung und Ausbildung hoch oben auf der Agenda der EU stehen, da fast alle Länder im Jahr 2013 bildungsbezogene LSEs erhalten haben.

Gemeinsamer Beschäftigungsbericht

Der Bericht stellt fest dass „Frühabbrecherniveaus sinken allmählich [...] Europa macht gute Fortschritte um das Ziel, bis 2020 mindestens 40% Errungenschaft eines Äquivalents des tertiären Bildungsgrads zu erreichen.“ Bezüglich der Qualität der Bildung stellt der Bericht fest dass die durchschnittlichen Bildungsniveaus und daher die „Qualität“ der Bereitstellung von Fertigkeiten mit der Zeit höher geworden sind. Er fährt fort mit der Feststellung dass die Trends zum lebenslangen Lernen in vielen Mitgliedsstaaten eine negative Steigung aufweisen, für Männer wie für Frauen. Zum wiederholten Male wird das bildungsbezogene Fehlfunktionieren hauptsächlich als Schwäche in der Qualifikation der Europäischen Arbeitskräfte angesprochen und wird als eine Hürde auf dem Weg zur wirtschaftlichen Erholung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesehen. Investitionen in Bildung erlangen Priorität in diesem Kontext, aber der Bericht stellt fest dass 20 Mitgliedsstaaten den relativen Anteil ihres BIP, welcher in Bildung investiert wird, verringert haben. Der GBB enthält auch einige der Schritte die von Mitgliedsstaaten unternommen wurden um den Beschäftigungsleitlinien zu folgen, einschließlich in Bezug auf Verbesserung der Qualität der Bildungs- und Ausbildungssysteme auf allen Niveaus einschließlich früher Kindheit, primärer, sekundärer und tertiärer Bildung.

Sozialinvestitionspaket

Das SIP enthält eine Empfehlung zur Investition in Kinder.³ Die Empfehlung fördert einen Rechtsansatz basierend auf drei Säulen, die darauf konzentriert sind den Zugang zu adäquaten Ressourcen, den Zugang zu bezahlbaren Qualitätsdienstleistungen und das Recht der Kinder auf Teilnahme zu sichern, um den Kreislauf der Benachteiligung zu durchbrechen. Die zweite Säule, welche sich auf den Zugang zu adäquaten und bezahlbaren Dienstleistungen bezieht, unterstreicht die Rolle, welche Bildung in der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Armut spielt, besonders die Notwendigkeit in frühkindliche Betreuung und Bildung zu investieren. Ein wichtiger Punkt wird gemacht bezüglich der Notwendigkeit, Dienstleistungen für alle Kinder verfügbar zu machen, unabhängig von der Arbeitsmarktsituation der Eltern, was einen Bruch mit den Ansätzen verfolgt in einigen der

oben genannten Dokumenten darstellt, in denen Bildung eher in Hinblick auf die Beschäftigungsfähigkeit denn als Werkzeug zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung gesehen wird. Die Empfehlung betont außerdem die Notwendigkeit, die Bildungssysteme zu verbessern um Chancengleichheit zu schaffen und soziale Eingliederung zu fördern. Dies steht in Verbindung mit dem Ziel der Schulabbrecherquote und eine Serie von Maßnahmen wird empfohlen, mit besonderem Schwerpunkt auf das Ziel, den am meisten Benachteiligten (Romakindern, Kinder mit Migrationshintergrund, Studenten mit geringen Grundfertigkeiten) Ressourcen und Möglichkeiten zukommen zu lassen. Ein starker Fokus wurde auch auf präventive Maßnahmen gelegt, genau wie auf verbesserte Kooperation der Schulen mit den Eltern, und deren Unterstützung.

Mitteilung: Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Die Mitteilung stellt fest dass es trotz der Krise positive Trendverlagerungen bezüglich der Bildungsniveaus gegeben hat, und macht die Diagnose dass die Bildungsziele „weitgehend Erreichbar“ sind bis zum Stichtag. Der Prozentsatz der Schulabbrecher ist von 15.7% im Jahr 2005 auf 12.7% im Jahr 2012 gefallen, und die Hälfte aller Mitgliedsstaaten haben bereits ihr Ziel erreicht oder nähern sich diesem an. Die Mitteilung stellt fest dass zumindest ein Teil dieses Rückgangs auf ein schwierigeres Beschäftigungsumfeld zurückzuführen sein könnte, aber sagt auch dass es Beweise gibt für strukturelle Verbesserungen und das ein Weitergehen des Trend erwartet wird, wenn auch mit geringerem Tempo. Bezüglich der Vergrößerung der Anzahl Personen mit abgeschlossener Bildung des dritten Grades ist der Anteil an jungen Menschen von 27.9% im Jahr 2005 auf 35.7% im Jahr 2012 gestiegen. Die Mitteilung stellt fest dass diese Änderung „strukturell“ ist und dass erwartet wird das Ziel von 40% zu erreichen. Ein springender Punkt wird gemacht bezüglich der Unterlassung einer qualitativen Bewertung innerhalb der Zielvorgaben und es wird darauf hingewiesen dass die Bewertung der Qualität der Ausbildung und der erworbenen Fertigkeiten noch durchgeführt werden muss.

GESCHLECHTERGLEICHHEIT UND GLEICHHEIT FÜR ALLE

Botschaften

Weder gibt es ein Ziel bezüglich der Geschlechtergleichheit, noch ist dies genügend in der Europa 2020 Strategie bedacht.

1. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle in allen Ländern verringern, und eine langfristige nationale Strategie einsetzen um Lohndiskriminierung zu eliminieren und Geschlechtertrennung in Bildung und Arbeit anzusprechen.
2. Das geschlechtsspezifische Pensionsgefälle, einschließlich Förderung der Work-Life-Balance und Modellen zur geteilten Elternschaft um die gleiche Teilnahme von Frauen und Männern zu ermutigen, sicherstellen dass Reformen der sozialen Sicherheit/Steuerysteme Geschlechtergleichheit ansprechen und personalisierte Rechte bereitstellen.
3. Bereitstellung eines Kompensationsmechanismus in den Pensionsplanungen sicherstellen, in der Form von Pflegekrediten für sowohl Frauen als auch Männer, für

die Zeit die zur Betreuung von Kindern, Eltern und anderen Angehörigen aufgewendet worden ist, z. B. Pflegefreistellung.

4. Spezifische Maßnahmen um Mehrfachdiskriminierung von Migrantinnen zu begegnen, z. B. Einführung einer Genderperspektive bei Migrationsmaßnahmen, Zugang zu Beschäftigung und Sozialschutzrechten stärken, Migrantinnen zu ihrem eigenen unabhängigen Status befähigen.

Politikaufhänger

Die [Europa 2020 Beschäftigungspolitische Leitlinien](#) (2010), welche besagen dass **“eine sichtbare Geschlechtergleichheitsperspektive integriert in alle relevanten Maßnahmenbereiche ist von Bedeutung für die Umsetzung von allen Aspekten der Leitlinien der Mitgliedsstaaten.”** Insbesondere Leitlinie 7 bezieht sich auf „erhöhte Arbeitsmarktteilnahme von Frauen und Männern“ und unterstreicht Probleme bezüglich der Bereitstellung von Kinderbetreuung, gleicher Bezahlung, Work-Life-Balance und Entwicklung von Beschäftigung im Pflegesektor. Bezüglich Armut/sozialer Ausgrenzung fordert Leitlinie 10 dass alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die Förderung von Geschlechtergleichheit abzielen sollten und auf allein erziehende Eltern konzentriert werden.

Der [Europäische Pakt für die Gleichstellung der Geschlechter 2011-2020 \(angenommen in 2011\)](#) nimmt ausdrücklich Bezug auf alle Institutionen die am Europäischen Semester beteiligt sind, und fordert sie auf, die Geschlechtergleichheitsperspektive in der Umsetzung der Europa 2020 Strategie zu berücksichtigen, und besonders die Kommission und den Rat um eine Geschlechtergleichheitsperspektive in den Jahreswachstumsbericht, die Ländergutachten und die Länderspezifischen Empfehlungen aufzunehmen.

Die [Strategie für Gleichheit zwischen Frauen und Männern 2010-2015](#) der Europäischen Kommission verpflichtet die Kommission zur „Unterstützung der Förderung von Geschlechtergleichheit in der Umsetzung von allen Aspekten und Flaggschiffinitiativen der Europa 2020 Strategie, besonders was die Definition und Umsetzung von relevanten nationalen Maßnahmen angeht.“

Jahreswachstumsbericht

Der JWB verweist kaum auf Frauen und/oder Geschlechtergleichheit, aber deutet die Notwendigkeit an, die Auswirkung von geschlechtsspezifischem Gehalt und Aktivitätslücken auf die Rentenansprüche von Frauen und dem Zugang zu bezahlbaren Pflegediensten anzusprechen, um die Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt zu erleichtern. Aber das Lohngefälle wird in den Empfehlungen bezüglich der (Reformen) Lohnentwicklungen nicht erwähnt.

Gemeinsamer Beschäftigungsbericht

Der Bericht verweist auf die Verbesserungen der Erwerbsquoten für Frauen, besonders für ältere Frauen (55-64), erkennt aber die ‚erhebliche‘ Lücke in der Gesamterwerbsquote für Frauen im Vergleich zu der von Männern an. Er unterstreicht ebenfalls die vielschichtigen Ebenen der Teilzeitarbeit von Frauen, welche gemessen in ‚Vollzeitäquivalenten‘ eine beträchtlich geringere Vollbeschäftigungsquote für Frauen zeigt. Der Bericht weist ebenfalls

darauf hin dass die Tatsache, dass Frauen insgesamt ein höheres beständiges Risiko von Armut und Ausgrenzung haben als Männer auf pflegebezogene Aktivitäten und Teilzeitarbeit zurückzuführen ist, und dass insbesondere ältere Frauen (+65) stärker von Armut betroffen sind als ältere Männer. Ein Abschnitt des Berichts konzentriert sich auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben, und in einem Anhang zeigt eine Tabelle dass dies in den meisten Mitgliedsstaaten als eine Herausforderung gesehen wird. Der Bericht fordert vermehrte Anstrengungen zur Bekämpfung der Hauptursachen des geschlechtsspezifischen Pensionsgefälles, einschließlich Karriereunterbrechungen und niedriger Arbeitsintensivität. Die Quote von jungen Frauen ohne Bildung, Beschäftigung und Ausbildung (NEET) ist höher als die von jungen Männern.

Sozialinvestitionspaket

Ein Abschnitt des SIP adressiert die Geschlechterdimension und betont dass über die Lebensdauer kumulierte Nachteile in höheren Armutsraten unter Frauen resultieren und dass geringere Beschäftigungsquoten im Gesamtdurchschnitt zu einer geschätzten Lücke von 40% in den Einnahmen von Frauen verglichen mit den Einnahmen von Männern führen. Deshalb muss die Geschlechter(un)gleichheit auf eine kohärentere Weise angegangen werden. Der SIP fordert die Mitgliedsstaaten dazu auf, das geschlechtsspezifische Lohngefälle und andere Hindernisse zur Vertretung der Frauen (und anderen unterrepräsentierten Arbeitern) auf dem Arbeitsmarkt zu eliminieren.

Mitteilung: Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Die Mitteilung stellt fest dass einige Mitgliedsstaaten sich detaillierte nationale Ziele die Geschlechter betreffend gesetzt haben, indem Beschäftigungsziele für Frauen festgelegt wurden (S. 16).

ÖKOLOGISCHE UND KLIMARELEVANTE THEMEN

Botschaften

Der Klimawandel ist das größte Marktversagen, das die Welt je gesehen hat. Eine ökologische Steuerreform (ÖSR) kann klimabezogenes Marktversagen korrigieren, indem Treibhausgasemissionen einen Preis bekommen und so die Kosten für den Klimawandel internalisieren – und dabei das besonders faire ‚der Verschmutzer zahlt‘ Prinzip umsetzen.

Wenn nichts geschieht schätzt die Europäische Kommission die jährlichen Kosten auf 50 Milliarden Euro. Falls kein Gefühl der Dringlichkeit die Leitlinien für den Übergang umzusetzen zustande kommt, wird das Erreichen des Ziels erheblich mehr Zeit und Geld kosten. Weiterhin würde die attraktive Möglichkeit der Arbeitsplatzschaffung, im was wir heute als „grüner Sektor“ sehen, verpasst.

Die ÖSR scheint ein besonders vielversprechendes Werkzeug zu sein angesichts der Tatsache dass mehrere der EU Mitgliedsstaaten, welche am meisten durch die wirtschaftliche und finanzielle Krise zu leiden hatten, unter den Ländern sind in denen die Anerkennung der wirtschaftlichen Vorteile des Klimaschutzes und der Energieeffizienz am höchsten sind (Eurobarometer 2014). Zur gleichen Zeit liegt der Gesamtanteil der

Einnahmen aus Umweltsteuern als Anteil des BIP in der EU im Durchschnitt bei 2-3 Prozent (Eurostat 2013), was deutlich das Potential für erhöhte Umweltbesteuerung auf nationaler Ebene offenbart.

Das Europäische Semester sollte:

1. **Makroökonomische Maßnahmen zur Unterstützung der ÖSR fördern, um sicherzustellen dass wirtschaftliche Ziele zum Erreichen von ökologischen, klimabezogenen und sozialen Zielen beitragen.**
2. **Die Steuerlast von der Arbeitsleistung auf andere Besteuerungsgrundlagen verlagern, zum Beispiel umweltschädigende Aktivitäten, und so eine Ex ante sozial- und geschlechtsbezogene Bewertung der Auswirkungen auf alle Vorschläge zu einer nachhaltigen und integrativen Steuer/Subsidien- und Investitionsreform sicherstellen.**
3. **Steuerbefreiungen und umweltschädigende Subsidien auf fossile Kraftstoffe reduzieren.**
4. **In dezentrale Energieproduktion, erneuerbare Kraftstoffe und erhöhte Energieeffizienz in Häusern und anderen Gebäuden investieren.**
5. **Klima- und Umweltindikatoren in den makroökonomischen Überwachungsteil einfügen.**
6. **Die Umsetzung der ÖSR als Teil der LSEs im Rahmen der Kohäsionspolitik bewerten.**
7. **Europäische Kommissare könnten eine informelle Arbeitsgruppe „soziales, nachhaltiges und demokratisches Europäisches Semester“ gründen um übergreifende Win-Win Situationen auf informelle Art und Weise über die Tagespolitik hinaus zu diskutieren und mitzuteilen, und die wichtigsten Interessengruppen einladen, ihre Ansichten zu teilen.**
8. **Das Europäische Parlament sollte erweiterten Gebrauch von dem Wirtschaftlichen Dialog machen um die positiven Auswirkungen der ÖSR zu betonen.**

Politikaufhänger

Jahreswachstumsbericht

Im Rahmen der fünf Prioritäten welche den nächsten Aktionszyklus auf EU- und Mitgliedsstaaten-Ebene leiten werden, spielt die Preisgestaltung für Kohlenstoff und Energie eine wichtige Rolle, welche einen vielversprechenden Einstiegspunkt für die Umsetzung der ÖSR darstellt:

Differenzierte, wachstumsfreundliche finanzielle Konsolidierung verfolgen:

- „Steuern sollten wachstumsfreundlicher gestaltet werden, zum Beispiel durch Verlagerung der Steuerlast weg von der Arbeitsleistung hin zu Steuergrundlagen verbunden mit Konsum, Besitz, und **Bekämpfung von Verschmutzung.**“ (EC/2013/800, S.7). Umweltschädigende Subsidien sollten reduziert werden (EC/2013/800, S.7)

Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für Heute und Morgen fördern:

- „Volle Umsetzung des dritten Energiepakets in 2014, und Verbesserung der Kosteneffektivität von Unterstützungsmodellen für erneuerbare Energien. Ressourceneffizienz fördern durch verbessertes Abfall- und Wassermanagement, Recycling und Energieeffizienz.“ (EC/2013/800, S.7)

Flaggschiff-Initiative Ressourceneffizientes Europa

Die Flaggschiff-Initiative Ressourceneffizientes Europa im Rahmen der Europa 2020 Strategie soll durch den „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ (COM, 2011, 571)

ausgeführt werden. Dieser unverbindliche Katalog zielt darauf ab, Fortschritt zu katalysieren und fordert eine bedeutende Verlagerung der Besteuerung weg von der Arbeitsleistung hin zu einer ökologischen Besteuerung, und dadurch einen bedeutenden Anstieg des Anteils von ökologischen Steuern in den öffentlichen Einnahmen. Der Fahrplan enthält auch die Forderung nach einem Ausklingen von Umweltschädigenden Subsidien oder Strategien, und Werkzeuge zum Anzeigen von Zielen und Strategien.

TEILNAHME UND VERWALTUNG

Botschaften

Trotz eines verstärkten Fokus auf das Engagement von Interessengruppen im Jahreswachstumsbericht ist der Mangel an sinnvollem Engagement am Europäischen Semester durch Interessengruppen und den meisten nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament ein gemeinsames Anliegen, besonders auf nationaler und der EU-Ebene. Falls der zivile und soziale Dialog verbessert werden soll, müssen signifikante Schritte unternommen werden, um ein sinnvoller Engagement auf nationaler Ebene aktiv zu unterstützen. Damit dies geschieht ist ein stärkerer Führungs-, Berichterstattungs- und Überwachungsrahmen auf der EU-Ebene notwendig.

- 1. Zusammen mit den Mitgliedsstaaten EU Leitlinien entwickeln, um eine Debatte in den nationalen Parlamenten und sinnvollen strukturierten Dialog mit allen relevanten Interessengruppen, einschließlich Sozialpartnern, Zivilgesellschaft und Menschen die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, in allen Phasen des Prozesses des Europäischen Semesters sicherzustellen.**
- 2. Vergrößerte finanzielle und logistische Unterstützung für das Engagement der Interessengruppen in der Entwicklung und Umsetzung von Nationalen Reformprogrammen und dem strukturierten Dialog über die LSEs.**
- 3. Die Anforderung in Erwägung ziehen dass die Beiträge der Interessengruppen der Zivilgesellschaft dem NRP angefügt werden (wie zum Beispiel in Frankreich), oder weiterentwickelt werden zu einem Schattenbericht, oder in den Hauptbericht aufgenommen werden.**
- 4. Die Qualität des Engagements der Interessengruppen sollte durch die Europäische Kommission durch bilateralen Austausch und die NRPs aktiv überwacht werden, mit spezifischen Abschnitten in dem Fortschritts-/Umsetzungsbericht der Kommission und Empfehlungen an den Jahreswachstumsbericht.**
- 5. Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments und auch des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses im Europäischen Semester.**

Politikaufhänger

Europa 2020 Mitteilungen

Die originale Mitteilung der Europa 2020 Strategie der Europäischen Kommission betonte die Wichtigkeit eines Partnerschaftsansatzes. Die Europäische Kommission fordert alle Parteien und Interessengruppen (z. B. nationale/regionale Parlamente, regionale und/oder

lokale Autoritäten, Sozialpartner und die Zivilgesellschaft, und nicht zuletzt die Einwohner von Europa) zur Hilfe bei der Umsetzung der Strategie und zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit, durch das Ergreifen von Maßnahmen im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs, auf. Die offizielle Webseite der Europäischen Kommission der Europa 2020 Strategie hat einen Abschnitt, welcher der Rolle und der Beteiligung der Zivilgesellschaft gewidmet ist, und sie so als wichtiges Element für das Entwerfen, Umsetzen und Bewerten der NRPs anerkennt.

Integrierte Leitlinien

In den der Europa 2020 Strategie zugrunde liegenden integrierten Leitlinien (Darlegung 16) wird dem Partnerschaftsprinzip unter Einbeziehung von Interessengruppen während aller Phasen des NRPs ausdrücklich Unterstützung gewährt.

Jahreswachstumsbericht

Der JWB 2011 erwähnte ausdrücklich das Engagement von Interessengruppen in seinem Anhang 1 – Fortschrittsbericht zu Europa 2020. Das gleiche Dokument erinnert an die gemeinsame Struktur, die alle NRPs haben sollten, einschließlich Informationen über die Beteiligung und Beiträge der verschiedenen Interessengruppen. Leider gibt es keine solche Erwähnung des Engagements der Interessengruppen im JWB 2012, und auch nicht in seinen Anhängen (wie dem Fortschrittsbericht zu Europa 2020 oder dem Entwurf zum Gemeinsamen Beschäftigungsbericht). In den JWBs 2013 und 2014 findet sich ein mehrdeutiger Verweis nicht über Engagement, sondern über „ein Gefühl der Eigenverantwortung“.

Der Leitfaden zum Inhalt und Format der Nationalen Reformprogramme enthält typischerweise die starke Empfehlung an die Mitgliedsstaaten, Interessengruppen zu konsultieren, sowie im NRP darüber zu berichten, auf welche Weise dies getan wurde.

Sozialinvestitionspaket

Nützliche Verweise zum Engagement der Interessengruppen können in der Mitteilung Investitionen in Kinder, Arbeitsdokument der Dienststellen über die Aktive Eingliederung, und das Arbeitsdokument der Dienststellen zur Konfrontation der Obdachlosigkeit gefunden werden.

Soziale Dimensionen der Wirtschafts- und Währungsunion

Während der soziale Dialog in der Mitteilung sehr hervorgehoben wird, wird der zivile Dialog, die Interessengruppenbeteiligung, und der Austausch mit der Zivilgesellschaft überhaupt nicht im Text erwähnt.

Jährlicher Konvent der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung - José Manuel Durão Barroso, Präsident der Europäischen Kommission

„Die Konvente der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung bieten etwas extrem wertvolles: die Gelegenheit alle interessierten Parteien zu versammeln und Wege der Zusammenarbeit zu diskutieren. Besonders wichtig ist die Tatsache dass wir hier viele Menschen vertreten haben, die an dem Thema Armut vor Ort arbeiten und die uns all ihre Erfahrung, die Beiträge ihrer täglichen Erfahrung mitteilen können. Ich glaube dass wir

das brauchen, auf der Ebene der Europäischen Union und auch auf der Ebene der Regierungen.“

Mitteilung: Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Das Dokument erkennt die wichtigsten Herausforderungen um Bewusstsein und Verantwortungsgefühl bei allen relevanten Akteuren – Regierungen, Parlament, regionale und lokale Autoritäten, Sozialpartner und alle Interessengruppen - zu erzeugen als eine bedeutende Voraussetzung für einen Erfolg an. Es unterstreicht auch die neue Rolle des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Ausschusses der Regionen und der Vertreter der Kommission (Beauftragte des Europäischen Semesters) bei der Erhöhung der Qualität des Engagements.

Alle nützlichen Verweise von den oben genannten Dokumenten bezüglich des Engagements von Interessengruppen können in voller Länge in dem diesbezüglichen online Anhang gefunden werden (Anhang 6).

5. Anhänge

Die folgenden Anhänge sind exklusive online erhältlich und können durch anklicken der Hyperlinks weiter unten erhalten werden, oder durch einen Besuch bei semesteralliance.net oder www.eapn.eu (Ressourcen -> Maßnahmen Toolkits):

- 1. Das Europäische Semester in Kürze (PowerPoint Präsentation)**
- 2. Wen kontaktieren**
- 3. Beispielbrief**
- 4. Glossar der Begriffe und Abkürzungen**
- 5. Interessenvertretung Engagement Zitate – aus EU Dokumenten**

¹ Siehe gemeinsame EFL Publikation Der Preis der Sparmassnahmen, die Auswirkungen auf die Rechte der Frauen und Geschlechtergleichstellung in Europa, 2012. Siehe auch EFL Videoclip über die Auswirkung von Sparmassnahmen auf Frauen in Europa: <https://www.youtube.com/watch?v=euIp9VdKzFk>

² EK (2013) Sozialinvestitionspaket.

³ Empfehlung der Kommission zu Investitionen in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen, Februar 2012, 2013/112/EU, erhältlich auf: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?jsessionid=4K6PTGNZLyfXpZ1n1qp1p0NN5np4qNzmkRf8wV4n9cc9H2Qrp8w5!1306593838?uri=CELEX:32013H0112>